

BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2022



- * 4 Wahlen - Brücken bauen *
- * 16 Ukraine - Wer zahlt diesen Krieg? *
- * 19 Grünspecht - Neutralität heute *
- * 20 Gesundheit - Ungesunde Arbeitszeiten *
- * 23 Nationalrat - Leben retten *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Die Linke gehört dazu

4 Wahlen

Brücken bauen

8 Soziales

Preisgünstiger Wohnraum

9 Junge Alternative

Zuger SVP sozial?

10 Kantonsrat

Scheinlösungen

12 Armut

Unsinn Ersatzfreiheitsstrafe

14 Wirtschaft

40-mal vor der Nord Stream

16 Ukraine

Wer zahlt diesen Krieg?

18 Ukraine

Friedensbewegung

19 Grünspecht

Neutralität heute

20 Gesundheit

Ungesunde Arbeitszeiten

22 Gesundheit

Genug gehört

23 Nationalrat

Leben retten

24 Abstimmung

Film ab!

25 Gestreift

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Das Bild entstand an der Mahnwache für die Ukraine vom 28. Februar 2022 in Zug. (Paula Gisler)

Die Linke gehört dazu

Hanspeter Uster



Wir erinnern uns: Seit 2014 finden die Regierungswahlen nicht mehr im Proporz statt, sondern im Majorzverfahren. Für die Regierungswahlen 2018 war die Ausgangslage für die Linken schwierig. Die SP trat mit Barbara Gysel an, die Alternativen mit Andreas Hürlimann. Beide schafften leider die Wahl in den Regierungsrat nicht.

Die Regierungswahlen sind – unter Majorzbedingungen – eine grosse Herausforderung. Im Zeitraum von 1923 bis 2018 war in der Zuger Regierung immer mindestens eine Vertretung der SP oder der Alternativen. Seit 2019 ist die Regierung nun aber rein bürgerlich, mit drei Mitte-, zwei SVP- und zwei FDP-Regierungsgliedern. Die Mitte/CVP hat im jetzigen Kantonsrat 21 Sitze. SP, Alternative und CSP haben zusammen ebenfalls 21 Sitze. Die Linke hat keinen Sitz im Regierungsrat, die Mitte aber 3 Sitze. Es geht hier nicht einfach um Arithmetik, sondern um die Tatsache, dass im Regierungsrat die Stimme der Linken fehlt!

Um es dieses Mal besser zu machen, setzten sich die SP und die Alternativen zusammen und analysierten die Situation. Auch die CSP wurde in die Verhandlungen einbezogen. Das Resultat sind Vereinbarungen auf kantonaler und kommunaler Ebene zwischen SP, Alternative – die Grünen und der CSP.

Tabea Zimmermann kandidiert für den Regierungsrat und Barbara Gysel ist Kandidatin für den Zuger Stadtrat. Beide Wahlen finden am 2. Oktober 2022 statt. Gemäss der Vereinbarung von ALG/CSP/SP wird die CSP wie schon vor 4 Jahren mit je einer gemeinsamen Liste ALG/CSP in der Stadt Zug für die Kantonsratswahlen und für die Wahlen in den Grossen Gemeinderat antreten.

Mit Tabea Zimmermann haben wir als Alternative eine ausgezeichnete Kandidatin für die Regierung. Sie bringt viel Wissen über Legislative und Exekutive mit. Mit ihren 51 Jahren ist sie politisch weit über die Parteigrenzen hinaus bekannt und anerkannt. Im Kantonsrat ist sie Mitglied der Bildungskommission, der erweiterten Justiz- und der Konkordatskommission. Sie hat

zudem in verschiedenen ad-hoc-Kommissionen mitgewirkt, unter anderem auch als Präsidentin der Kommission für die Teilrevision des Polizeigesetzes. Zudem hat sie viel Erfahrung aus dem Grossen Gemeinderat (GGR) der Stadt Zug, wo sie aktuell Ratspräsidentin ist. Für den Austausch auf der Regierungsebene und mit Botschafterinnen und Botschaftern bringt sie mit ihrem perfekten Englisch beste Voraussetzungen mit.

Ich persönlich freue mich, dass wir eine sehr qualifizierte Kandidatin mit politischer Erfahrung, Engagement und Augenmass zur Wahl empfehlen können. Für den Kanton Zug wird es von Vorteil sein, wenn Tabea Zimmermann in den Regierungsrat gewählt wird.

Wie wichtig eine linke Stimme in der Regierung ist, zeigt sich exemplarisch im Zusammenhang mit den russischen Rohstofffirmen. Diese dem Kreml nahestehenden Zuger Unternehmen schaden nicht nur der Ukraine, sondern ganz besonders auch dem Klima. Das zeigt, wie wichtig es ist, vom Gas und anderen klimaschädlichen Rohstoffen wegzukommen. Gerade für solche Situationen braucht es im Regierungsrat eine Persönlichkeit, welche auch die Menschen vertritt, die bisher im Regierungsrat nicht vertreten sind. Der Leitartikel des NZZ-Chefredaktors vom Samstag, 5. März 2022, hält fest, dass der Kreml seit mehr als einem Jahrzehnt jeden Rohstoff-Dollar, den er zusammenkratzen kann, in die Modernisierung seiner Armee steckt. Genau die gleiche Analyse machten die Rednerinnen und Redner an der Platzkundgebung am Donnerstag, 3. März, auf dem Zuger Postplatz. Ein kurzer Satz eines Teilnehmers zeigt, worum es geht: «Das Geld, das in Zug von den russischen Firmen gemacht wird, ist in Putins Kriegskasse.»

Tabea Zimmermann ist die richtige Person für den Regierungsrat. ■

3

Brücken bauen

Redaktion BULLETIN

4

An der Nominationsversammlung der ALG Kanton Zug vom 2. Februar 2022 wurde Tabea Zimmermann Gibson als Kandidatin für die Regierungsratswahl im Oktober nominiert. Die Redaktion des BULLETINS hat sich mit Tabea getroffen und nachgefragt.

BULLETIN: Tabea, wie beurteilst du deine Wahlchancen?

Tabea: Ich kann Brücken bauen, Menschen zuhören und die Verbindungen sehen zwischen ihrer Argumentation und meinen Überzeugungen. Ich bin überzeugt, dass ich deshalb viele Stimmen gewinnen kann auch von Wähler*innen, die nicht typischerweise links wählen. Vor vier Jahren hat es zudem viele Leute aufgeschreckt, dass die linken Kräfte nicht mehr im Regierungsrat sind. Auch auf diese Stimmen dürfen wir hoffen. Diese Kombination macht es für eine ernsthafte Mitte-Kandidatin bzw. einen ernsthafte(n) Mitte-Kandidaten riskant, sich aufstellen zu lassen. Nach einer Nichtwahl könnte sich diese Person nicht vier Jahre später als erfolgreiche Kandidatin oder Kandidat darstellen. Und eine schwache Mitte-Kandidatur erhöht wiederum unsere Wahlchancen.

BULLETIN: Was macht dir Lust am Politisieren und was stört dich am Politisieren?

Tabea: Viel Freude und Lust geben mir die unzähligen spannenden Begegnungen mit unterschiedlichen Leuten. Die grosse Themenbreite im Kantonsrat finde ich äusserst spannend. Ärgerlich finde ich es, wenn es vordergründig um die Sache geht, im Hintergrund jedoch um Machtspiele. Aber natürlich geht es in der Politik oft um Macht. Wenn man in der Sache vorwärtskommen will, muss man auch dieses «Spiel» akzeptieren.

BULLETIN: Wir hatten zum 50-Jahre-Jubiläum Frauenstimmrecht vor gut einem Jahr ein Gespräch. Was nimmst du aus diesen Feierlichkeiten mit?

Tabea: Ich nehme viele schöne Erinnerungen mit. Es war motivierend

festzustellen, wie breit das Engagement war, und zu realisieren, für wie viele Frauen das ein wichtiges Thema ist. Einmal mehr wurde mir bewusst, dass für uns die rechtliche Gleichstellung eine Selbstverständlichkeit ist, doch im historischen Kontext ist dies erst seit kurzer Zeit der Fall. Es bleibt noch viel zu tun, denn die tatsächliche Gleichstellung hinkt noch hinterher. Noch immer gilt der traditionelle «starke Mann» als «alpha male», das



von allen anzustrebende Modell, als das grosse Vorbild für alle. Wenn man diesem Modell entspricht, kann man auch als Frau in einem solchen System punkten, wie das Beispiel Maggie Thatcher zeigt. Mit dem Konzept «alpha male» kommen aber nicht nur die Mehrheit der Frauen unter die Räder, sondern auch viele Männer, denen das Konzept Alphanier nicht entspricht. Die Praxis zeigt: Ein Team, das hauptsächlich aus «alpha males» besteht, ist meist nur auf den eigenen Erfolg fokussiert und schädigt dabei

Unternehmen und Land – die CS und Putin lassen grüssen. Im Gegensatz dazu bringen gemischte Teams die besseren Lösungen und langfristig mehr Erfolg. Unzählige Studien beweisen dies.

Die universellen Menschenrechte gebieten ganz grundsätzlich Gleichstellung. Die besseren Resultate gemischter Teams sind ein zusätzlicher Grund, weshalb wir es uns als Gesellschaft nicht leisten sollten, Frauen in unseren politischen Prozessen nicht im gleichen Mass einzubeziehen wie Männer.

Auch nach 50 Jahren Frauenstimmrecht ist für viele Frauen noch nicht selbstverständlich, dass sie sich

öffentlich positionieren. Frauen werden schneller kritisiert, nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen. Frauen kritisieren zudem auch sich selber schneller. Wir Frauen sollten sehen, dass der eigene Beitrag ein wichtiger Beitrag sein kann, auch wenn er nicht perfekt ist, und dass man trotz Kritikpunkten gesamthaft eine gute Leistung erbringen kann. Und bevor wir Frauen kritisieren, sollten wir uns überlegen, ob wir einen Mann in dieser Situation auch kritisieren würden.

BULLETIN: Du wärst eine von wenigen Frauen in männerdominierten Gremien. Was reizt dich, was stresst dich? Welche Führungserfahrung hast du?

Tabea: Es stresst mich nicht, als Frau in einem Gremium in der Minderheit zu sein. Ich habe einen älteren Bruder und habe die C-Matura (Mathe und Physik) gemacht. In den sieben Jahren Kantonsschule war ich während vier Jahren das einzige Mädchen in der Klasse. Als Frau in der Minderheit zu sein ist mir somit nicht unbekannt. Es blockiert oder bremst mich nicht im geringsten.

Im Scheinwerferlicht zu stehen kenne ich zudem aus anderen, nicht politischen Situationen, z.B. vom Kanti-theater. Als ich damals in einer Hauptrolle auf der Bühne stand, war das für mich nicht so schwierig, weil ich dies ja in meiner Rolle tat und nicht als ich selbst. Auch als Lehrperson stehst du im Klassenzimmer immer unter Beobachtung und wirst kritisiert. Alle, die unterrichten, wissen, dass heutzutage die Autorität als Lehrperson nicht automatisch akzeptiert ist, nur weil man diese Rolle hat. Ich kann eine Klasse führen und weiss, wie ich mich bei Jugendlichen durchsetzen kann. Ich habe zudem Führungserfahrung als Fachschaftsleiterin und als Präsidentin verschiedener Organisationen. In diesen Führungsrollen lernte ich führen, ohne grosse Machtmittel in der Hand zu haben. Trotzdem gelang es mir, Probleme lösungsorientiert anzugehen, da ich die Menschen überzeugen konnte.

Ich bin mir bewusst, dass das Führen einer Direktion noch einmal etwas anderes ist. Nicht vergessen sollten wir jedoch, dass auch bürgerliche Regierungsratskandidaten nicht automatisch geeignet sind für ihre Führungsaufgabe. Ich denke, dass ich sogar mehr Führungserfahrung habe als einige Rechtsanwälte oder Inhaber einer kleinen Firma, die sich in der Vergangenheit als Regierungs-

ratskandidaten zur Verfügung gestellt haben. Angezweifelt wurden deren Führungsqualitäten vorgängig kaum. Menschen gut führen können braucht viel Erfahrung, die ich mitbringe. Spezifische Führungstools werde ich mir schnell aneignen können, beispielsweise indem ich mich nach der Wahl im Bereich Management weiterbilde. Gute Führung heisst für mich: klare und nachvollziehbare Führung und der Wille, Verantwortung zu übernehmen.

BULLETIN: Welches Departement würde dir liegen?

Tabea: Von meiner Erfahrung und von meinem Beruf her natürlich die Direktion für Bildung und Kultur. Die Vielzahl der spannenden Themen in der Direktion des Innern würde mich auch reizen. In Bezug auf Klimaschutz und Umwelt wäre die Baudirektion spannend, mit Blick auf Fragen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt und mit Wirtschaftskriminalität die Sicherheitsdirektion, im Hinblick auf die Herausforderungen im Gesundheitsbereich und der Pflege die Gesundheitsdirektion. Die Finanzdirektion wäre erstrebenswert, weil man überall reinreden kann [lacht]. Die Attraktivität dieser Direktion ist somit unbestritten, doch ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass uns die bürgerlichen Parteien diese Direktion überlassen würden, was auch für die Volkswirtschaftsdirektion gilt. Diese würde mich interessieren, beispielsweise im Zusammenhang mit Lohngleichheit und dem Berufsbildungssystem. Ich würde beispielsweise die Diskussion um das duale Bildungssystem gerne mitgestalten und eine engere Verzahnung zwischen Berufsbildung und Kantonschule erwirken. Für Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule, die während der gymnasialen Ausbildung realisieren, dass sie anschliessend nicht studieren möchten, ist es m. E. nicht sinnvoll, dass sie sich mit schlechten Noten bis zur Matura



durchhangeln. Sie sollten so früh wie möglich eine für sie stimmende Alternative finden können, aber dies geschieht aktuell viel zu wenig. Dabei gäbe es auch im Hinblick auf weiterführende Fachhochschulen viele attraktive Möglichkeiten.

BULLETIN: Welches wären dringende politische Handlungen bezüglich Klimaschutz?

Tabea: Der grösste Handlungsbedarf besteht bei Gebäuden und der Mobilität. Gebäude müssen energetisch saniert und mit erneuerbaren Energien geheizt werden. Die Mobilität muss klimafreundlich werden. Wie wollen wir die Pariser Klimaziele erfüllen, wenn wir den Weg dahin nicht konkret planen und nicht die nötigen Zwischenschritte formulieren: Wie können Elektro- und Ölheizungen im Kanton Zug möglichst schnell ersetzt werden? Wie kann man den motorisierten Individualverkehr reduzieren, wie Anreize setzen, damit die Leute auf den ÖV oder das Velo umsteigen? Was gibt es für Möglichkeiten, die Pendlerströme zu verringern, damit die Menschen möglichst dort wohnen, wo sie arbeiten?

6

Ein interessanter Aspekt zur Mobilität und dem Pendeln: Anscheinend hat die Pendelzeit über die Jahrhunderte nicht wirklich zugenommen, nur die Pendeldistanzen. Die maximale Reisezeit für Pendler scheint bei 1,5 Stunden zu liegen. Wenn man sich schneller fortbewegen kann, dann nimmt man auch einen längeren Arbeitsweg in Kauf. Wenn man in dieser Zeit nach London kommt, dann fliegt man halt nach London. Was wächst, ist der Ressourcenverschleiss. Solche Zusammenhänge müssen der Bevölkerung bewusst gemacht werden.

BULLETIN: Welches waren deine wichtigsten «Learnings» bei deiner Arbeit im Kantonsrat (KR) und im Grossen Gemeinderat (GGR)? Wo unterscheidet sich die Arbeit in den beiden Räten?

Tabea: Als Ratsmitglied gewinnt man viele neue Erfahrungen, erhält Einblick in viele parlamentarische und verwaltungsspezifische Abläufe und erlebt die Vielseitigkeit der Themen. Spannend ist insgesamt der Austausch mit den Ratsmitgliedern, auch der anderen Parteien, anregend ist auch die Arbeit in einer Kommission.

Im Vergleich zum Grossen Gemeinderat sind alle Kantonsratsmitglieder in Kommissionen tätig. Im GGR gibt es nur zwei feste Kommissionen: die Geschäftsprüfungskommission und die Bau- und Planungskommission. Im GGR war ich erst als Stimmenzählerin, dann als Vizepräsidentin und jetzt als Präsidentin Mitglied des Büros.

Im Kantonsrat bin ich ständiges Mitglied der Bildungskommission, der Konkordatskommission und der erweiterten Justizprüfungskommission. Daneben konnte ich als Mitglied diverser ad-hoc-Kommissionen vertiefte Einblicke in verschiedenste Themengebiete gewinnen. Sehr spannend war beispielsweise meine Arbeit als Präsidentin der ad-hoc-

Kommission «Teilrevision Polizeigesetz», dank der unter anderem die kantonsübergreifende Zusammenarbeit der Polizei nun möglich ist. Der GGR ist viel übersichtlicher mit seinen 40 Mitgliedern, es sind gerade halb so viele Leute wie im KR. So lernt man sich viel schneller gegen-



seitig kennen. Das gefällt mir, ich arbeite gerne mit anderen Menschen auf ein Ziel hin. In der Arbeit in den Räten habe ich dann bald einmal festgestellt, dass auf der menschlichen Seite sehr positive Beziehungen entstehen können, auch wenn man auf der politischen Seite einen ganz anderen Hintergrund hat. Das ist ein Aspekt, den ich mir vor Aufnahme meiner Tätigkeit in einem Rat nicht so richtig vorstellen konnte. Insgesamt gefällt mir jedoch die grössere Bandbreite der Themen im KR sehr. Dies ist auch der Grund, weshalb ich mich als Regierungsratskandidatin zur Verfügung gestellt habe und nicht als Stadtratskandidatin.

BULLETIN: Welches sind deine Rezepte gegen Stress?

Tabea: Ich habe Freude an neuen Erfahrungen und kann mich für Neues begeistern. Ich versuche, Negatives nicht persönlich zu nehmen, dafür jedoch das Positive zu erkennen und wahrzunehmen. Freude habe ich auch an kleinen Dingen wie meiner Katze, schönem Wetter oder beeindruckenden Wolken, einem guten Glas Wein mit meinem Mann, das Zusammensein mit Freund*innen. Es hilft meines Erachtens sehr gegen Stress, wenn man das Positive nicht als selbstverständlich anschaut, sondern dankbar wahrnehmen kann.

BULLETIN: Wie packst du politische Gegner*innen?

Tabea: Zuerst einmal auf der sachlichen Ebene bleiben, einen sachlichen Weg einschlagen. Dann suche ich nach Argumenten und Aspekten, die für beide positiv sind, und versuche so Brücken zu bauen. Solche Gemeinsamkeiten kann man dann miteinander weiter entwickeln. Ein Beispiel: Bei Klimadiskussionen nicht immer nur von CO₂-Emissionen reden, sondern auch von den Milliarden, welche ins Ausland abfliessen, statt dass sie hier bei uns in Industrie und Gewerbe umgesetzt werden für die Erstellung von Solaranlagen, das Isolieren bestehender Gebäude und weiterer Massnahmen. Ich verstehe nicht, warum viele Politiker*innen nicht erkennen, dass da ein «Return on Investment» abzuholen ist, je früher, desto besser für unsere Wirtschaft.

BULLETIN: Hat unser politisches System Antworten auf die drängenden Probleme unserer Zeit? Ist dieses System überhaupt der richtige Weg?

Tabea: Ich wüsste kein anderes System, welches besser wäre. Wir haben sicher die beste aller Regierungsformen, die Demokratie. Schnell geht es aber nie! Ich sehe die Schwierigkeiten, die unser System hat, man kann teilweise daran verzweifeln, aber ich sehe keine Alternative dazu.

Doch ich habe Hoffnung, dass wir mit unserer Arbeit in unserem System etwas erreichen können. Dafür will ich arbeiten.

BULLETIN: Welchen politischen Visionen willst du nachleben?

Tabea:

- Dass wir im Kanton Zug die Klimaziele «on track» erfüllen können.
- Dass wir im Kanton Zug die Lohngleichheit erreichen können.
- Dass wir im Kanton Zug bezüglich geschlechertypischen Berufen einige Blockaden auflösen können.
- Dass sich auch junge Familien oder Pensionierte weiterhin ein Leben im Kanton Zug leisten können. Die stolze Feststellung, dass die Sozialhilfequote tief sei, vernachlässigt das Problem, dass Sozialhilfebedürftige «exportiert», d.h. aus dem Kanton gedrängt werden.
- Dass wir im Kanton Zug ein System schaffen, in welchem auch Weiterbildungen im Bereich Diplome, höhere Fachschulen und Fachhochschulen vom Kanton gefördert und die Studierenden finanziell unterstützt werden. Die heutige Situation schafft nur finanzielle Anreize für den Weg über Mittelschule und Hochschule, sodass für Schülerinnen und Schüler dieser Weg attraktiver erscheint als eine praktische berufliche Grundbildung.

BULLETIN: Welche persönlichen Stärken möchtest du in deiner neuen Funktion ausspielen/einbringen?

Tabea: Kreative Lösungen erarbeiten, andere Positionen abfragen. Feedback einholen, um Brücken zu bauen, wo Gräben zu überwinden sind!

BULLETIN: Liebe Tabea, wir wünschen dir einen langen Atem und viel Erfolg bei den Wahlen! ■



Gleichstellungsforderungen anlässlich des Frauenstreiktages vom 14. Juni 2019. Tabea Zimmermann Gibson läuft mit.

Tabea Zimmermann Gibson in Kürze

Persönlich

geboren 1970 in Zug / aufgewachsen in Hünenberg / seit 1998 wohnhaft in Zug / verheiratet, 2 erwachsene Söhne / Hobbies: Violinenspiel, Lesen, Schneeschuhlaufen/ Wandern

Beruf

Studium in Geschichte und Englisch an der Universität Zürich / Kantonsschullehrerin an der Kantonsschule Alpenquai Luzern (Fachschaftsvorstand Englisch 2010–2013, Kantonaler Fachschaftsvorstand Englisch 2013–2015, Präsidentin Kantonsschullehrer*innenverein KLA 2009–2015

Politisch

- GGR: Mitglied seit 2015, GGR-Präsidentin 2021-2022
- KR: Seit 2018, Fraktionschefin, Bildungskommission, erweiterte Justizprüfungskommission, verschiedene ad-hoc-Kommissionen, u.a. Präsidentin ad-hoc-Kommission Teilrevision des Polizeigesetzes
- Alternative – die Grünen der Stadt Zug: Vorstandsmitglied seit 2016 / Co-Präsidentin der ALG Stadt Zug 2017-2019
- Alternative – die Grünen des Kantons Zug: Vorstandsmitglied seit 2017

Gesellschaftliches Engagement

- Präsidentin der Nachbarschaftshilfe KISS Genossenschaft Zug, seit Gründung 2015
- Vizepräsidentin des Fördervereins KISS Kanton Zug, seit Gründung 2015
- Stiftungsrätin der Stiftung Doku-Zug, seit 2021
- Vorstandsmitglied Verein 50 Jahre Frauenstimmrecht Zug 2021

Preisgünstiger Wohnraum

Paul Iten, Gemeinderat Forum Oberägeri (ALG)

8 Seit Jahren ist die Nachfrage nach Wohnraum im Kanton und im Ägerital gross. So bestehen im mittleren bis oberen Segment für Erbauer und Baumeister kaum Investitionsrisiken. Die Miet- und Verkaufspreise stehen fast nie in einem ausgewogenen Verhältnis zu den Erstellungskosten und vernünftigen Bodenpreisen. Wohnraum wird zur Handelsware degradiert. Es gibt beim Wohnungsmarkt keine Anreize, günstige Wohnungen zur Verfügung erstellen. Die aktuellen Hypothekarzinsen tragen auch dazu bei. Sollten nicht auch Normalverdiener die Gelegenheit haben, günstigen Wohnraum zu mieten oder zu kaufen?

Der Gemeinderat Oberägeri wollte die Situation für «Bewohner*innen von Oberägeri» verbessern. Die Einwohnergemeindeversammlung Oberägeri hat in den Jahren 1992/93 Vorschriften und ein Reglement für eine Wohnbauförderung in der Gemeinde Oberägeri erlassen. Sinn und Zweck der Wohnbauförderung ist es, der einheimischen Bevölkerung den Erwerb von Wohneigentum zu tragbaren Bedingungen zu ermöglichen. Die Einwohnergemeinde kaufte dann das ca. 12 000 m² grosse Grundstück Riedmattli. Auf diesem Grundstück wurden in zwei Etappen 44 Wohneinheiten erstellt. Diese Wohnungen wurden verkauft. Die zweite Etappe wurde 2016 realisiert. Es ist toll, wenn man heute durch dieses Quartier spaziert und erleben darf, dass hier über vierzig Kinder aufwachsen.



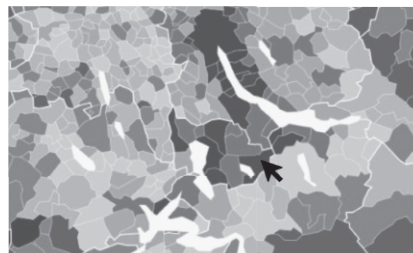
Die realisierte Überbauung Riedmattli. (zvg Oberägeri)

Gemeinde wird aktiv

In einer nächsten Etappe will der Gemeinderat preisgünstige Wohnungen zur Vermietung erstellen. Aber wie viele müsste man in Oberägeri erstellen, und was sind preisgünstige

Wohnungen? Um diese Fragen zu beantworten, hat der Gemeinderat die Firma GSP (Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG) Zürich beauftragt. Diese Firma hat im September 2021 ein 19-seitiges Dokument abgegeben.

Die Mietpreise in Oberägeri sind hoch. Die Grafik zeigt den Vergleich mit anderen Gemeinden: Die Jahresmiete für eine Mietwohnung mittleren Ausbaustandards, 4 Zimmer, 110 m², Baujahr 2020, liegt in Oberägeri bei 33 900 Franken oder mehr.



Mietpreise in der Region.
(Quelle: W&P, Credit Suisse)

In Oberägeri liegt der Medianwert der Mietzinse 20 Prozent höher als in der ganzen Region Zug. Das höhere Mietpreisniveau zeigt sich dabei in allen Kategorien, d.h. in Oberägeri sind auch die «günstigen» Wohnungen teurer.

Was sind preisgünstige Wohnungen? Preisgünstiger Wohnraum kann verschieden definiert werden. Eine durch-

aus praktikable Beschreibung setzt sich zusammen aus:

- Angebot an Wohnungen muss vorhanden sein,
- die Mieten müssen ein Drittel unter der Durchschnittsmiete liegen,
- die Mieten dürfen nicht mehr als ca. 30 Prozent des Durchschnittseinkommens ausmachen.

In Oberägeri sind diese Voraussetzungen bei weitem nicht gegeben. Die durchschnittlichen Mietpreise in Oberägeri haben mittlerweile ein Niveau erreicht, welches für Mieter*innen mit Durchschnittseinkommen zu einer zunehmenden Belastung führt.

Effektives Bedürfnis nach preisgünstigem Wohnraum

Der Bericht zeigt aber auch, dass die Verfügbarkeit von preisgünstigem Wohnraum am Arbeitsort für viele Pendler*innen nicht das einzige Argument für einen Wohnortwechsel ist. Je nach bisheriger Wohnsituation und Vernetzung (auch der Familie) am Wohnort hat der Arbeitsweg, gerade aus einem Nachbardorf wie Unterägeri oder Sattel, nicht immer eine zentrale Bedeutung. Solche Überlegungen wurden mitberücksichtigt, sodass die Firma GSP dem Gemeinderat vorschlägt, mittelfristig ca. 50–60 Wohneinheiten zu erstellen.

Weitere Schritte

Der Gemeinderat hat an der letzten Gemeindeversammlung (Dezember 2021) den Kredit eingeholt, um drei Grundstücke zu kaufen. In Etappen sollen nun in Oberägeri die vorgeschlagenen 60 Wohneinheiten erstellt werden. Möglichkeiten hat der Gemeinderat mit den Arealen Hofmatt, Gulmstrasse und Wassermattli aufgezeigt. Es wird auch diskutiert, die Erstellung der Bauten einer Wohnbaugenossenschaft zu übergeben. Wir hoffen, dass wir in Oberägeri bald preisgünstigen Wohnraum anbieten können. ■

Zuger SVP sozial?

Delia Meier, Co-Präsidentin Junge Alternative Zug

Für fossile Energien wird die Zuger SVP plötzlich sozial. Sie kümmert sich um Wähler*innen, welche wegen Gebäudesanierungen steigende Mietkosten befürchten müssen.

Vor kurzem erschien der zweite Teil des neuen Berichts des Weltklimarates IPCC, unter dem Titel «Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit». Der Inhalt des Berichts überrascht nicht, trotzdem kann es schockierend sein, die Tatsachen wieder einmal zusammengefasst zu sehen: Mit jedem Grad weiterer Klimaerwärmung wird es schwieriger, teurer oder gar nicht mehr möglich, sich an die Folgen der Klimakrise anzupassen. Und genau diejenigen Menschen, die die wenigsten Mittel haben, um sich an die Folgen der Klimakrise anzupassen, leben in Gebieten, die am stärksten gefährdet sind. Dabei handelt es sich bereits um den sechsten Bericht des IPCC. Und wir können es uns nicht leisten, auf den siebten Bericht zu warten, bis wir endlich die Kehrtwende schaffen. Besonders nicht nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes vom letzten Sommer.

Referendum gegen eine städtische Energievorlage

Währenddessen fällt der SVP Stadt Zug nichts Besseres ein, als ein weiteres klimafeindliches Referendum zu ergreifen – dieses Mal gegen eine städtische Energievorlage. An seiner Sitzung vom 18. Januar 2022 hat der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug die Totalrevision des städtischen Energiereglements beschlossen. Das totalrevidierte Reglement sieht unter anderem die Förderung von klimaschonender Gewinnung und Nutzung von Energie vor. Die Zuger SVP, die offensichtlich die Dringlichkeit der Klimakrise nicht erkennt, hat die benötigten 500 Unterschriften für das städtische Referendum bereits eingereicht. Die städtische Bevölkerung wird also demnächst das letzte Wort über das neue Energiereglement haben. Wer die Medienmitteilung zur Referen-

dumseinreichung der SVP Stadt Zug durchliest, bekommt einen (durchaus nicht überraschenden) Vorgeschmack auf den Abstimmungskampf. So lassen sie sich beispielsweise zitieren: «... effizienter wäre [...] ein Abbau von Regulierung.» Klar, weil ja keine Regulierung in der Vergangenheit immer gut funktioniert hat und uns nicht genau in diejenige Situation gebracht hat, in der wir uns nun befinden!



Ökologische Sanierungen können entscheidend zur Lösung der Klimakrise beitragen.

Argumentation der SVP

Mein persönlicher «Favorit» aus der Argumentation der SVP Stadt Zug gegen das neue Energiereglement: Das Reglement führe zu höheren Mieten, weil die sanierten Wohnhäuser an Wert steigen. Deshalb müsse das Gesetz selbstverständlich konsequent abgelehnt werden! Wir sehen also, dass nach den linken Zuger Jungparteien nicht nur die FDP auf den «Trend» bezahlbarer Wohnraum aufgesprungen ist, sondern nun auch die SVP. Für eine nächste Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum: Herzlich willkommen im Initiativkomitee. Doch

bis zu diesem Tag bleibt klar, dass die SVP sich primär für die Interessen der fossilen Industrie einsetzt und die Bevölkerung mit sozialen Argumenten täuscht. Denn Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind nicht voneinander zu trennen. Schreitet die Klimakrise weiter fort, sind sowohl im globalen Süden als auch bei uns im globalen Norden die Ärmsten am schwersten davon betroffen.

Bessere Projekte

Zum Glück gibt es auch Projekte, die Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen denken. Projekte, die

energiepolitisch vorwärts statt rückwärts gehen wollen. Zum Beispiel die Umweltverantwortungs-Initiative der Jungen Grünen Schweiz. Die Jungen Alternativen starten im Frühling mit Vollgas in die Unterschriftensammlung auf der Strasse. Es braucht mehr Umweltverantwortung – jetzt erst recht! Wir haben keine Zeit mehr für Hinauszögern und Ausreden, wir können nicht noch einen weiteren Bericht des IPCC untätig abwarten. In der Zwischenzeit gehen wir auf die Strasse Unterschriften sammeln und werden das Energiereferendum der SVP Stadt Zug entschieden bekämpfen. ■

Scheinelösungen

Ivo Egger, Kantonsrat Baar, Vorstandsmitglied VCS Sektion Zug

10

Ende Januar 2022 standen zwei Postulate von mehrheitlich bürgerlichen Vertretern auf der Traktandenliste des Kantonsrates zur Überweisung an den Regierungsrat. Darin geht es um einen Zentrumstunnel in der Stadt Zug und einen Umfahrungstunnel in Unterägeri.

Bei beiden Postulaten hatte ich einen Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Leider konnte die Mehrheit des Kantonsrats nicht davon überzeugt werden, dass sich der Regierungsrat nicht mit der beantragten neuen Umfahrung, bzw. mit dem Tunnel auseinandersetzen soll. Da bei der Überweisung von Vorstössen noch keine inhaltlichen Debatten geführt werden dürfen, hatte ich lediglich damit argumentiert, dass zuerst das dem Kantonsrat bis Ende 2021 versprochene kantonale Mobilitätskon-

bericht und Antrag auf die Postulate verfassen, doch hat er bereits in einer kürzlich beantworteten kleinen Anfrage positiv auf eine Neuplanung eines Stadttunnels in Zug reagiert. Uns ist unklar, was überhaupt die Grundlage für die entsprechende vorgängige Forderung im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug war. Wie kann ein solches Vorhaben von der Regierung ohne jegliche fachlich fundierten Abklärungen (wie z.B. im Gesamtverkehrssystem) unterstützt werden?



Visualisierungen beschönigen oft die Verkehrssituation. Beispiel: Rosengartentunnels in der Stadt Zürich

zept vorliegen muss, bevor er sich mit neuen Umfahrungen auseinandersetzen soll. Doch selbst die sonst klimafreundlichen VertreterInnen der SP Zug haben der Überweisung der Postulate zugestimmt. Nun muss der Regierungsrat zuerst je einen

Emissionen werden verlagert

Aus meiner Sicht sind die beantragten Tunnels nicht mehr zeitgemäss. Schweizweit zeigt sich, dass Tunnels nicht das Mass aller Dinge sind und die Bevölkerung solchen Scheinlösungen gegenüber immer kritischer

wird (z.B. Seedamm Rapperswil-Jona, Stadttunnel Zug, Rosenbergstunnel Stadt Zürich). Grundsätzlich sind Tunnellösungen verlockend, denn dann verschwindet der motorisierte Verkehr aus den Augen und aus dem Sinn (analog zum Uran-Endlager aus den Atomkraftwerken). So zeigen es häufig auch die Visualisierungen, bei denen überall beschönigend wenig Verkehr zu sehen ist. Doch die Emissionen des motorisierten Verkehrs werden bloss verlagert. Später werden häufig den Umfahrungsstrassen entlang Bauzonen (auch für Wohnnutzungen) ausgeschieden, da die neu entstandenen Flächen zwischen den bisherigen Siedlungsrändern und den neuen Strassen sich innerhalb des Siedlungsgebiets befinden und sich somit wiederum für Bebauungen eignen. Vermutlich dürfte dies bei den vorliegenden Vorhaben dereinst ebenfalls geschehen. Und natürlich verstehe ich gewisse BefürworterInnen, gerade diejenigen, die von übermässigen Immissionen entlastet werden sollen. Doch gerade in unseren dicht bewohnten Siedlungsgebieten gibt es auch BewohnerInnen, die bisher mehrheitlich von den Schattenseiten des motorisierten Verkehrs verschont blieben und die mit neuen Umfahrungen/Tunnels dafür mehr oder stark belastet werden.

Beispiel Cham

Es stellt sich immer die Frage, was die Ursprünge und was die Ziele des motorisierten Individualverkehrs sind. Selbst mit flankierenden Massnahmen kann die erwünschte Entlastungswirkung in einem Zentrum oft nicht erreicht werden. Parkplätze innerorts wollen genutzt oder sogenannte Points of Interest besucht werden, Umfahrung hin oder her. Dies veranschaulichten auch die Diskussionen an Mitwirkungsrunden und Einspracheverhandlungen um das autoarme Zentrum in Cham, welches im Zusammenhang mit der Umfahrung Cham-Hünenberg vorgesehen ist.



Emissionen des motorisierten Verkehrs werden bei einer Umfahrung oder einem Tunnel bloss verlagert. Beispiel: Rapperswil.



Sagt Ihnen dieser Kreisel etwas? Er war Bestandteil des Stadttunnels Zug, welcher im Juni 2015 vom Stimmvolk verworfen wurde.

Weiter erstaunt nicht, dass die Vorstösse genau noch im Laufe der Ortsplanungsrevisionen und vor der überarbeiteten kantonalen Mobilitätsstrategie kommen. So ist die Umfahrung Unterägeri zurzeit immer noch im Richtplan, wenn auch nur in der dritten Priorität, festgehalten. Doch um es allen bewusst zu machen: Tunnellösungen verschlingen Unmengen an Geld (auch wenn es zur Zeit längerfristig vorhanden zu sein scheint). Deren Bau dauert eine halbe Ewigkeit und verursacht dadurch länger andauernde Unannehmlichkeiten durch Umleitungen und Bauemissionen. Ist es uns das

wirklich wert, wenn trotzdem weiterhin viele Autos durch/ins Zentrum fahren? Beispielsweise zeigt auch die Verkehrsprognose für das Zentrum von Baar, dass die Tangente Baar-Zug langfristig keine Abnahme des innerörtlichen Verkehrs bewirken wird. Ganz nach dem Motto: Wer Verkehr sät, erhält ihn.

Alternative Vorschläge bestehen

Eine schnellere Wirkung für eine nachhaltigere Mobilität kann aus unserer Sicht mit einer frühzeitigen Verkehrsberuhigung auf der bestehenden Infrastruktur und in Verknüpfung mit einer attraktiven

Zentrumsgestaltung erreicht werden. Kennen Sie beispielsweise die Projektidee des Verkehrsclubs Schweiz der Promenade Zug, welche auf einem erweiterten Einbahnsystem in der Stadt Zug basiert? Das Projekt wurde 2017 (Nummer 3) im BULLETIN der Alternativen – die Grünen vorgestellt und kann im Archiv unter www.bulletin-zug.ch nachgelesen werden. Die Idee wurde der Stadt Zug bereits präsentiert. Diese analysiert nun den Vorschlag im Rahmen der Revision des Erschliessungsplans anlässlich der laufenden Ortsplanungsrevision. Wenn das «Problem» wirklich an der Quelle bekämpft werden soll, dann kann die Lösung nicht sein, dem Verkehr noch mehr Fläche anzubieten. Sondern es geht darum, diesen zu reduzieren (nach dem Ansatz, dass das Angebot die Nachfrage bestimmt). Dies mag besonders für die Mitte-Rechts-Parteien schwer verständlich sein, doch das Klimaziel im Bereich der Mobilität kann nicht alleine mit einer Verteuerung der Treibstoffe/Antriebstechniken erreicht werden, geschweige denn mit dem Bau von neuen Strassen. ■

Vorstösse

Die beiden Vorstösse können eingesehen werden unter:

kr-geschaefte.zug.ch/gast/geschaefte

Vorlagennummer #3354 und #3345

Unsinn Ersatzfreiheitsstrafe

Tim Kilchsperger, Sozialarbeiter

12

Während meines Studiums in Sozialer Arbeit hatte ich die Möglichkeit, ein Praktikum in einer offenen Justizvollzugsanstalt zu absolvieren. Angetrieben von meiner etwas naiven Neugierde habe ich damals bei allen Klient*innen den Einweisungsgrund nachgelesen. Dabei ist mir ein Begriff aufgefallen, den ich davor nicht kannte und ich ziemlich oft gelesen habe: Ersatzfreiheitsstrafe. Die Freiheitsstrafe als Ersatz, aber als Ersatz wofür? In meiner Bachelorarbeit habe ich mich unter anderem weiter mit dieser Frage beschäftigt – und noch heute befremdet mich diese Ungerechtigkeit.

Das Schweizerische Strafgesetzbuch unterscheidet verschiedene Delikttypen: Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Grundsätzlich werden Übertretungen mit Bussen vergolten und Vergehen mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren. Die Verbrechen werden mit Freiheitsstrafen von mehr als drei Jahren geahndet. Nun können jedoch auch Geldstrafen und Bussen zu Freiheitsstrafen umgewandelt werden. Sie werden nämlich dann zu Freiheitsstrafen, wenn die Bussen oder Geldstrafen nicht beglichen werden.

Ungleiche Voraussetzungen ...

In meiner heutigen Arbeit als Sozialarbeiter habe ich mit Menschen zu tun, welche aus verschiedensten Gründen unter der Armutsgrenze leben und auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen sind. Anhand von verschiedenen Beispielen möchte ich die Ersatzfreiheitsstrafe und ihre Auswirkungen erklären. Die ersten beiden Beispiele beschreiben Situationen, wie sie mir so vergleichbar in meinem beruflichen Alltag begegnet sind, und das dritte Beispiel schildert den Fall einer privilegiierteren Person.

Beispiel 1: Frau Meier ist alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, sie arbeitet Teilzeit im Verkauf. Das tiefe Einkommen und die Alimente reichen knapp nicht aus, um das soziale Existenzminimum zu sichern, die Familie wird daher ergänzend mit wirtschaftlicher Sozialhilfe unterstützt. Auf dem Arbeitsweg, für welchen Frau Meier aufgrund des

frühen Arbeitsbeginns das Auto der Nachbarin benutzen kann, hatte sie mehrere Rotlichter missachtet, wurde von der Polizei angehalten und erhielt eine Busse.

Beispiel 2: Herr Müller leidet mit grosser Wahrscheinlichkeit an einer psychischen Erkrankung, welche jedoch nicht therapiert werden kann, weil er keine Unterstützung annehmen will. Sein Vermieter hatte ihm die Wohnung gekündigt, da Herr Müller sie unter anderem beschädigt und auch stark verschmutzt hatte. Erst lebte Herr Müller zeitweise bei Bekannten und Verwandten, dann verschlechterte sich sein Gesundheitszustand weiter, und er ist seither obdachlos. Herr Müller hat mehrere Bussen und Geldstrafen erhalten, unter anderem ist er ohne gültige Billette Zug gefahren, auch wurde er beim Konsum von illegalen Drogen erwischt.

Beispiel 3: Herr Maurer arbeitet als Prokurist bei einer Bank. In seiner Freizeit ist er leidenschaftlicher Motorradfahrer. Er wurde bei einer Ausfahrt am Wochenende geblitzt und erhielt eine Busse.

... unterschiedliche Auswirkungen

Die Gemeinsamkeiten dieser drei Beispiele sind deutlich, die genannten Personen hatten allesamt gegen geltende Gesetze verstossen, wurden dabei erwischt und entsprechend auch gebüsst. Mögen die Gründe, welche zur Busse geführt haben, sehr unterschiedlich sein, ist die grundsätzliche Sanktionierung durch den Staat wohl unbestritten. Bei der

Durchsetzung solcher Bussen droht nun jedoch die Ersatzfreiheitsstrafe. Eine Busse kann nämlich dann zu einer Freiheitsstrafe umgewandelt werden, wenn diese nicht bezahlt wird und betriebsrechtlich nicht eingetrieben werden kann. Wichtig ist hier hervorzuheben, dass keine Wahlfreiheit besteht, ob man diese Busse bezahlen möchte oder nicht. Wird die Busse nämlich nicht fristgerecht bezahlt, leitet die zuständige Vollzugsbehörde das Betreibungsverfahren ein. Diesen Schritt möchte ich nun wieder an den verschiedenen Beispielen erläutern.

Beispiel 1: Frau Meier hat die Bussenrechnung erhalten, kann diese jedoch nicht bezahlen, da ihr ansonsten der Betrag für die Deckung des Lebensunterhalts der Familie fehlen würde. Gegen sie wird ein Betreibungsverfahren eingeleitet. Auch dadurch ist die Busse nicht einbringlich, da Frau Meier unter dem betriebsrechtlichen Existenzminimum lebt. Es droht ihr somit nun die Ersatzfreiheitsstrafe. Frau Meier ist in ihrer Nachbarschaft sozial gut eingebunden. Sie vertraut sich einer Nachbarin an und informiert diese über die drohende Ersatzfreiheitsstrafe. Die Nachbarin erklärt sich bereit, die Busse für Frau Meier zu bezahlen. Damit ist die Ersatzfreiheitsstrafe abgewendet.

Beispiel 2: Herr Müller hat wie erwähnt keinen festen Wohnsitz. Die Zustellung der Rechnungen oder der darauffolgenden Betreibungsbegehren konnte nicht durchgeführt werden. Es droht somit auch bei Herrn Müller eine Ersatzfreiheitsstrafe. Er hat davon jedoch keine Kenntnis. Bei einer Polizeikontrolle wird dann festgestellt, dass Herr Müller die Strafe nicht angetreten hat. Er wird festgenommen und in den Strafvollzug eingewiesen.

Beispiel 3: Herr Maurer erhält die Rechnung der Busse und bezahlt diese fristgerecht. Die Angelegenheit ist für Herrn Maurer erledigt.

Sozial ungerecht und ökonomisch sinnlos

Die Beispiele wirken vielleicht etwas überspitzt. Sie sind jedoch sehr bewusst ausgewählt, denn sie zeigen eine unangenehme Realität auf: Die Ersatzfreiheitsstrafe kann nur Personen treffen, die in Armut, unter dem betriebsrechtlichen Existenzminimum leben. Die Ersatzfreiheitsstrafe ist jedoch nicht nur sozial ungerecht, weil sie Personen trifft, welche finanziell oder sozial in prekären Verhältnissen leben.

umgewandelt. Ein Tag im geschlossenen Normalvollzug kostet den Staat 282 CHF. Mit der Durchführung der Ersatzfreiheitsstrafe wird also kein Geld eingetrieben, sondern noch mehr Geld ausgegeben, dabei sind die Kosten des administrativen Verfahrens erst noch komplett ausgeklammert. Ersatzfreiheitsstrafen sind auch für den Staat kontraproduktiv in Anbetracht der hohen Auslastung der Gefängnisplätze. Immer wieder ist davon die Rede, dass die Schweiz mehr Gefängnisplätze brauche.

Stigmatisierungen vermeiden

Hoffen wir, dass der Sparhammer das nächste Mal auch auf den blinden Fleck Strafvollzug trifft. Und damit meine ich nicht, dass beispielsweise auf Entlassungsvorbereitungen verzichtet wird, die auf eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft abzielen, sondern dort, wo unnötige Verwaltungsvorgänge und unnötige Haftstrafen auch tatsächlich eingespart werden könnten. Ein positiver Effekt davon wäre, dass dadurch auch die unnötige Stigmatisierung von Menschen in schwierigen Lebensumständen vermindert werden kann, wie sie eine Einweisung in den Strafvollzug immer mit sich bringt. ■



Eine Einweisung in den Strafvollzug bringt auch eine Stigmatisierung mit sich.

Sie ist auch problematisch, weil so die einschneidende und stigmatisierende Freiheitsstrafe bei Delikten zur Anwendung kommt, wo das Gesetz gar keine solche vorgesehen hat. Für Vergehen, die eigentlich mit Bussen bestraft werden, werden Personen eingesperrt. Diese Freiheitsstrafen sind auch ökonomisch unsinnig und ineffizient, da sie für die Öffentlichkeit hohe Kosten und einen grossen Verwaltungsaufwand verursachen. Gemäss üblicher Praxis wird eine Busse von 100 CHF in einen Tag Ersatzfreiheitsstrafe

Auf Kritik an der Ersatzfreiheitsstrafe wird oftmals erwidert, dass Bussen oder Geldstrafen ohne die Drohung mit der Ersatzfreiheitsstrafe ihr Rückgrat verlieren könnten. Die Ersatzfreiheitsstrafe ist allerdings primär eine unverhältnismässige Repression gegen unter Armut leidenden Menschen. Wer über Mittel verfügt, eine Busse zu bezahlen, wird ohnehin betriebsrechtlich belangt. Ersatzfreiheitsstrafen verhelfen dem Staat nicht zur Deckung von Unkosten im Strafvollzug, vielmehr verursachen sie zusätzliche Unkosten.

Wer sich für Hintergrund und Fakten zum Thema interessiert:

Killias Research & Consulting (2019). Ersatzfreiheitsstrafen im Kanton Zürich – Schlussbericht für das Amt für Justizvollzug (JuV) des Kantons Zürich.

Miauton, Nicolas & Kilchsperger, Tim (2019). Bedingte Entlassung aus einer Ersatzfreiheitsstrafe – Wie Sozialarbeitende in den Bereichen Gemeinwesen und Arbeit das soziale Kapital zur Bewältigung des möglicherweise kritischen Lebensereignisses fördern können. Edition Soziothek (soziothek.ch).

Treig, Judith & Pruin, Ineke. (2018). Ersatzfreiheitsstrafe in Deutschland – Rechtliche Grundlagen und rechtstatistische Entwicklung. Forum Strafvollzug – Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 67(1), 10–15.

Wirth, Wolfgang, Pfalzer, Stephanie & Gerlach, Susanne. (2018). Ersatzfreiheitsstrafe – lohnt sich das? Forum Strafvollzug – Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 67(1), 9–10.

40-mal vor der Nord Stream

Josef Lang

14 Zug ist eine Hochburg des ökonomischen Putinismus. Aber auch des politischen Antiputinismus.

Ab Ende 2005 häuften sich die russischen, insbesondere putinnahen Gesellschaften in Zug. Es hatte bereits früher zahlreiche russische Gesellschaften gegeben. Beispielsweise die zum Moskauer Alfa-Konzern gehörende Crown Ressources (an prominenter Adresse im Metalli-Center), die verantwortlich war für die gigantische Ölkatastrophe vor der galizischen Küste im November 2002. Wir haben darauf im Januar 2003 die grösste Demonstration gemacht, die es seit den 50er Jahren in Zug gegeben hat.

Von der Stasi zu Putin

Das Neue war die Ansammlung von Firmen und Banken, die im direkten Dienste der Regierung standen. Dabei standen die zum Gazpromkonzern gehörenden Firmen wie die Nord Stream (Industriestrasse 18) in einer Kontinuität zur Stasibesorgungslinie 4, die ebenfalls über Zug gelaufen war. Diese doppelte Stasi-Zug-Seilschaft wurde bereits am 18. Dezember 2005 von der Neuen Zürcher Zeitung enthüllt. Die NZZ wies darauf hin, dass der «operative Chef» des «russisch-deutschen Gaspipeline-Projekts durch die Ostsee» der «ehemalige Stasi-Offizier Matthias Warnig» ist. Das Hauptaugenmerk der NZZ aber galt dem ehemaligen Zuger CVP-Gemeinderat und einzigen Verwaltungsrat Urs Hausheer: «Wie sich belegen lässt, hatte auch eine Firma, in der Hausheer in den achtziger Jahren als Verwaltungsrat amtierte, Kontakte zur Stasi-Abteilung «Kommerzielle Koordination» des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski.» Im Artikel stellt die NZZ die fragliche Asada vor. Das Dementi Hausheers, das er heute noch bringt, hat die NZZ schon damals als unglaubwürdig dargestellt: «Dokumente der Stasi, aus denen die NZZ schon 1992 ausführlich zitierte, sprechen eine andere Sprache. (...)

Laut einem Sitzungsprotokoll betrachtete die Stasi Asada und Allimex «auf lange Sicht» als «Schwerpunkte bei der Beschaffung von Embargowaren». Die Firmen seien ohne gleichwertige Alternative. (...) Zug war der Stasi ein verlässlicher Partner.»

Den Knoten der beiden Seilschaften, der ostdeutschen und der zugerischen, bildet Wladimir Putin. Putin, der KGB-Agent in der DDR gewesen war, setzte seinen Freund Warnig für sein Energie-Imperium ein. Dieser platzierte die Gazprom-Firmen am alten Ort der Stasibesorgungslinie 4, in Zug, und setzte deren bewährten Verwaltungsrat ein: Hausheer.

Damalige Solidarität mit der Ukraine

Hausheer ist heute noch einziger Verwaltungsrat der Nord Stream AG. Im Handelsregister werden noch weitere 16 Personen genannt, davon elf mit Wohnsitz im Kanton Zug. Fünf Personen haben eine russische Staatsangehörigkeit, vier wohnen in der Stadt Zug, einer in Küsnacht (ZH). Ein Russe ist Direktor, einer Vizedirektor, einer Geschäftsführer, eine Prokuristin und der am Zürichsee Residierende ist Prokurist. Alle stehen sie mit ihrer Firma im Dienste von Putins Krieg gegen die Ukraine. Wie die Nord Stream steht keine der fünf Personen auf der Sanktionsliste. Die juristische Person und vermutlich auch die natürlichen Personen dürften weiterhin ihre Beiträge in Putins Kriegskasse lei-

sten. Hanspeter Uster hat im Bericht von «Schweiz aktuell» (4.3.2022) über den Putin Rohstoff Rundgang und die Medienkonferenz der Regierung den Satz gesagt: «Das Geld, das in Zug von den russischen Firmen gemacht wird, ist in Putins Kriegskasse».

Wir hatten bereits anfangs Januar 2006 vor dem Putin-Verhängnis gewarnt. In einer Medienmitteilung vom 6. Januar 2006 lautete der erste Satz unter dem Titel: «Zuger Alternative distanzieren sich von Putin-Gesellschaften»: «Wieder einmal bescheren steuerflüchtige Gesellschaften dem Kanton Zug einen erheblichen Imageschaden.» Was unsere damalige Hauptsorge war, zeigt die Aussage, dass mit den Putin-Gesellschaften «das alte Stasi-Gespenst und das Ostmafia-Gespenst wieder auftauchen.» Mit «Ostmafia» war damals auch das gemeint, was wir heute ökonomischen Putinismus nennen. Im Schlussabschnitt kamen wir auf die Ukraine zu sprechen: «Wir Alternativen distanzieren uns von Zuger Gesellschaften, die dazu beitragen,



Der ehemalige deutsche Bundeskanzler zu Besuch in Zug.

dass die Ukraine für die demokratische Revolution bestraft wird und die von dieser Strafaktion zusätzlich profitieren.» Anfangs 2006 – also mitten im Winter – hatte die Gazprom im Rahmen eines Preiskonflikts die Gaslieferungen an die Ukraine eingestellt, was für die Menschen dramatische Folgen hatte.

Schröder mit Warnig am Zugersee

Auf unsere Kritik an den Putin-Gesellschaften gab es gut zwei Monate später, am 24. März 2006, eine indirekte Antwort von Gerhard Pfister. In einem provokativ-wertefreien Referat vor dem Gewerbeverein Risch/Rotkreuz legte sich der CVP-Präsident mit meiner ethisch begründeten Kritik am Rohstoffhandelsplatz an und machte sich lustig über die Warnung vor der «Ostmafia». Heute sitzt Zug in der Putin-Falle. Dieser Vortrag Pfisters zeigt übrigens, wie unglaublich seine spätere «Wertedebatte» war.

Weitere vier Monate später, am 3. Juli 2006, machte die Stasi-Gazprom-Geschichte erneut Schlagzeilen. Lassen wir wieder die NZZ sprechen: «Am 4. Juli 2006 herrscht am Zugersee grosse Aufregung: Der deutsche Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu Gast, begleitet von einem Tross aus Beratern und Sicherheitsleuten mit Sonnenbrillen. (...) Grosse Bilder in der «Neuen Zuger Zeitung» zeigen den SPD-Politiker, wie er mit dem Handy am Ohr durch die Strassen schreitet, flankiert von einem bulligen Mann, auf dessen Stirn die Sonne glänzt. «Schröder gibt hier Gas», kalauert die Lokalpresse (...). Tatsächlich ist der Ex-Kanzler nicht wegen des Wetters an den Zugersee gereist: Er und sein Begleiter Matthias Warnig stehen im Dienste des russischen Gaskonzerns Gazprom, der im Raum Zug mehrere Firmen kontrolliert. Was die «Neue Zuger Zeitung» in ihrem launigen Bericht nicht erwähnt: Der Mann an Schröders Seite ist ein enger Freund des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin – und wie Putin ist er ein ehemaliger Geheimdienstmann,

der bis zum Fall der Berliner Mauer für den berüchtigten Staatssicherheitsdienst (Stasi) der DDR arbeitete. Und so muss sich die Zeitung einige Tage später vom damaligen grünen Nationalrat Jo Lang in einem Leserbrief vorhalten lassen, sie betreibe «Schönwetter»-Journalismus: Ob man denn nicht wisse, welche alten Verstrickungen sich da mit dem Besuch des alten Stasi-Offiziers offenbaren?» (6.2.2020)



Der Sitz der Nord Stream war schon in der Vergangenheit öfters Gegenstand von Demonstrationen. Dieses Bild stammt vom Februar 2021.

Rohstoff-Rundgänge und Protestaktionen

Von 2012 bis 2016 organisierten die Alternativen gemeinsam mit Public Eye 28 öffentliche Stadtrundgänge «im Reich der Rohstoffhändler». Zu einer der ersten Stationen der von «Frölein Fränkli» und «Frölein Röppli» gestalteten Anlässe gehörte die Nord Stream AG. Dazu kamen seit 2006 ein Dutzend Protestaktionen. Weiter führte Maria Greco etwa 50 private Stadtrundgänge durch. Vor keinem Unternehmen haben wir mehr Kritik und Protest ausgedrückt als vor dieser Putin-Gesellschaft.

Die vorvorletzte Aktion fand am 12. Januar 2021 statt. Die Junge Alternative forderte einen Baustopp von

Nord Stream 2. In einer Medienmitteilung gab sie zwei Motive an. «Wir können die Unterdrückung der Freiheitsrechte in Russland nicht länger hinnehmen und verlangen die sofortige Freilassung des Oppositionsführers Alexei Nawalny und allen anderen politischen Gefangenen. Ein Baustopp von Nord Stream 2 würde die russische Regierung unter Druck setzen. «Die Schweiz stützt als Steuer-Zufluchtsort für russische

Staatskonzerne das repressive Regime Putins. Jetzt gilt es Verantwortung zu übernehmen: Es braucht wirtschaftlichen Druck und Solidarität mit der Opposition», sagt Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz.» Dazu kommen ökologische Gründe: «Delia Meier, Präsidentin der Jungen Alternative Zug, sagt: «Die Welt kann es sich nicht leisten, neue Pipelines für fossile Energien zu bauen, die unsere Zukunft zerstören.» Erdgas besteht aus Methan, welches einer der schlimmsten Klimakiller ist.» Gegen den Ukraine-Krieg gab es zwei Aktionen vor der Nord Stream: Eine kleine am 23. Februar und eine grössere am 3. März. Sie werden nicht die letzten sein. ■

Wer zahlt diesen Krieg?

Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz

16

Am 7. März hat ein überparteiliches Komitee zu einem Rundgang in Zug eingeladen. Dabei ging es darum, die Verstrickungen von Russland mit den in Zug ansässigen Rohstofffirmen aufzuzeigen. Dazu meine Rede hier in voller Länge.

In diesem Moment leiden, flüchten und sterben Menschen im Krieg in der Ukraine. Meine Solidarität und meine Trauer sind mit ihnen. Aber auch meine Wut. Wut auf Putin und die Oligarchen, denen das Wohl der Menschen im eigenen Land und der Ukraine egal ist. Die ihre Machtgier schamlos über alles stellen. Wut auf die Verantwortlichen in der Schweiz. Wut auf den Bundesrat, der erst nach erheblichem Druck von der Strasse sich dazu durchringt, Sanktionen zu erlassen. Und dabei einen fundamentalen Hebel – den Rohstoffhandel – einfach ausklammert. Mit dem Lahmlegen der Zentralbank haben die USA und die EU entschieden, die russische Bevölkerung in eine wirtschaftliche Krise zu stürzen. Gleichzeitig ist man hier nicht bereit, auf russisches Gas und die Profite daraus zu verzichten. Und das, obwohl die Milliarden Erlöse daraus zum grössten Teil in Putins Taschen landen. Wut habe ich auch auf die Zuger Regierung, die sich nur für ihre Steuereinnahmen zu interessieren scheint. Dass in Zug ansässige Rohstoffkonzerne von Russlands Oligarchen kontrolliert werden und in einen gefährlichen geopolitischen Konflikt verwickelt sind, ist für die Regierung «kein Thema». Wir schulden es den Menschen in der Ukraine, dass wir nicht einfach wegschauen, mit welchen Firmen wir uns die Nachbarschaft teilen! Denn Kriege sind kein unvermeidbares Unglück. Für Kriege gibt es Verantwortliche, die sie starten und bezahlen. Kriege kosten enorm viel Geld, und dieses Geld kommt in diesem Fall zu einem erheblichen Teil aus dem Rohstoffhandel. Rund die Hälfte der Staatseinnahmen generiert Russland über Rohstoffe. 80 Prozent dieser russischen Rohstoffe werden über die Schweiz gehandelt – über welche

Orte genau, das haben wir auf diesem Rundgang in Zug mit eigenen Augen gesehen. Diese Rohstoffgiganten sind nicht erst seit dem Krieg problematisch. Indem wir sie gewähren liessen, stützten wir schon immer die antidemokratische russische Regierung und nahmen fatale Folgen für die Umwelt in Kauf. Diese Firmen sind systematisch an der Zerstörung von Umwelt und Menschenleben beteiligt. Dies zeigt sich beim aktuellen Krieg sehr deutlich.

Mehr Waffen sind keine Lösung

Was muss eigentlich noch passieren, lieber Regierungsrat – und liebe bürgerliche Zuger Parteien, die die Einladung für heute abgelehnt haben –, was muss noch passieren, damit euch irgendetwas, das in den Firmengebäuden dieses Kantons passiert, betrifft? Leere Worte reichen nicht. Die Finanzierung des Krieges von Zug aus muss endlich ein Ende haben. Kontrollieren und stoppen wir den Rohstoffhandel mit Putins Machteliten! Zeigen wir Haltung! Es macht Hoffnung zu sehen, dass weltweit Millionen Menschen für den Frieden auf die Strasse gehen. Dass unzählige Freiwillige den Geflüchteten helfen.

Alles andere als Hoffnung machen jedoch die Aufrüstungsforderungen der Rechten. Dieser Krieg ist nicht entstanden, weil zu wenig in Kriegsmaterial investiert wurde. Die Nato gibt schon heute zwanzigmal mehr Geld für ihre Armeen aus als Putin. Und es hat ihn dennoch nicht am Einmarsch gehindert. Mehr Waffen sind keine Lösung. Sicherheit gibt es nur durch globalen Verzicht auf Atomwaffen und allseitige Abrüstung sowie mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie – weltweit. Dazu brauchen wir eine Stärkung des Völkerrechts und der UNO. Zug hat hier eine besondere Verantwortung,

weil Zuger Firmen – insbesondere auch Rohstofffirmen – mit ihren Geschäften mit autokratischen Regimen dem entgegenwirken. Jetzt über Aufrüstung zu sprechen, ist zynisch und reiner Opportunismus. Um was es wirklich geht, sind die Menschen. Menschen, die sich in Russland trotz massiver Repression gegen den Krieg einsetzen und dafür zu Tausenden in den Gefängnissen verschwinden. Menschen in der Ukraine, die alles verlieren. Über eine Million Menschen sind auf der Flucht. Es herrschen Hunger und Elend. Wir fordern, dass die Schweiz alles tut, um den Geflüchteten zu helfen, und dass sie sie grosszügig aufnimmt. Wir fordern, dass Zug und die Schweiz endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und die Finanzierung des Krieges durch den Rohstoffhandel stoppen. Wir fordern eine Stärkung des Völkerrechts statt Aufrüstung. Nein zum Angriffskrieg von Putin! Nein zu allen Kriegen! Dafür stehen wir hier und jetzt und zeigen Haltung! ■



Übersicht über einige der russischen Firmen in Zug.



Julia Küng hält ihre bewegende Rede vor den Teilnehmer*innen des Rundgangs.



Eine der Forderungen des Demonstrationszugs.



Eine grosse Schar Demonstrierende nahm an der Kundgebung teil.

Putins Verbindungen nach Zug

Rund die Hälfte der russischen Staatseinnahmen generiert Russland über Rohstoffe. Ungefähr 80% des russischen Rohstoffhandels erfolgt dabei über die Schweizer Finanzdienstleistungszentren Genf, Zug, Lugano und Zürich. Die Schweiz und insbesondere der Kanton Zug ist somit eine zentrale Drehscheibe für den weltweiten Rohstoffhandel Russlands, und Zuger Firmen finanzieren den Angriffskrieg in der Ukraine mit.

Die vom Bundesrat am 28.02.2022 beschlossenen Sanktionen beinhalten keine Massnahmen im Rohstoffgeschäft. Dank diesen Einnahmen kann Putin auch weiterhin sein Kriegsgerät finanzieren.

Nord Stream AG & Nord Stream 2

Ein System von Unterwasser-Gasleitungen, die von Russland nach Deutschland verlaufen. Sie bestehen aus zwei Pipelines – Nord Stream 1 und Nord Stream 2 – mit je zwei Strängen. Sie schaffen eine grosse energiepolitische Abhängigkeit von Russland. Nord Stream 2 gab anfangs März 2022 bekannt, dass sie alle 106 Mitarbeiter in Zug entlässt.

Sber Trading Swiss AG

Eine Tochterfirma der Sberbank, welche im Besitz des russischen Finanzministeriums ist. Gewinne fliessen somit direkt zu Putin.

VTB Capital Trading

Eine Tochterfirma der zweitgrössten russischen Finanzorganisation VTB Group, welche ebenfalls im Besitz des russischen Finanzministeriums ist.

Gazprom Marketing & Trading Switzerland AG

Teil des grössten russischen Rohstoffförderers Gazprom. Der russische Staat hält 50 Prozent und eine Aktie an Gazprom und im Aufsichtsrat die Mehrheit der Sitze.

Norilsk Nickel (Metal Trade Overseas AG)

Als einer der grössten Verschmutzer weltweit verursacht der Konzern Öllecks und Umweltverschmutzung.

Russische Oligarchen

Wladimir Putins Kumpane bevölkern die Chefetagen von Banken und Rohstoffhäusern in Zug. Matthias Warnig ist der CEO von Nord Stream 2 und ein enger Vertrauter von Wladimir Putin. Als solcher wurde er im Februar 2022 auch mit Sanktionen durch die US-Regierung belegt. Experten zufolge war Warnig in den 80er-Jahren als Stasi-Mitarbeiter Teil einer KGB-Zelle in Dresden. Diese Zelle sei von Putin gegründet worden, als dieser in Ostdeutschland für den sowjetischen Geheimdienst tätig war. Neben der Nord Stream sitzt Warnig im obersten Gremium der VTB (zweitgrössten Bank Russlands), des staatsnahen Erdölkonzerns Rosneft, des Pipelinebetreibers Transneft und der Gazprom Schweiz AG. Ein weiterer Zuger Oligarch ist beispielsweise Viktor Vekselberg, der aufgrund seiner Nähe zu Putin seit 2018 auf der Sanktionsliste der US-Regierung steht. Vladimir Iorich ist ein weiterer schwerreicher Rohstoffinvestor mit Sitz in Zug.

Friedensbewegung

Redaktion BULLETIN

18

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 schockierte die Welt. Die ersten Mahnwachen wurden gleichentags abgehalten, bereits zwei Tage später hatten die Jungen Grünen Schweiz und Campax eine Kundgebung in Bern ins Leben gerufen, welche von vielen anderen Organisationen und Parteien mitgetragen wurde. Die grösste Friedenskundgebung seit 2003 (gegen den Krieg im Irak) konnte gegen 20000 Menschen mobilisieren. Die folgenden Bilder sollen das Zusammenstehen für Frieden und Solidarität zeigen.



Neutralität heute

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Der Krieg der Atommacht Russland gegen den Nachbarn Ukraine erschüttert die Welt. Er wird weitherum verurteilt, Russland wird mit Sanktionen belegt. Nur die Schweiz war zögerlich; rechte Parteien zeigen Verständnis für Putins Aggression und schwadronieren von Neutralität.

«Bei der Wahl zwischen einem Aggressor und Kindern auf der anderen Seite, die sich in U-Bahn-Schächten verstecken, da kann niemand neutral sein.» So hat es die grüne Aussenministerin Deutschlands, Annalena Baerbock, Ende Februar im Bundestag in Berlin gesagt. Und sie hat recht: Bei einem Angriffskrieg, bei einer eklatanten Missachtung des Völkerrechtes, bei der Bombardierung von Städten, in denen Millionen von Zivilpersonen leben, kann es keine Neutralität im althergebrachten Sinne geben.

Beachtung des Völkerrechtes

In Artikel 5 unserer Bundesverfassung ist festgehalten: «Bund und Kantone beachten das Völkerrecht.» Gefordert sind also die Behörden im Bundeshaus wie auch die Behörden in den Kantonen. Das Völkerrecht beachten heisst in meinem Verständnis deutlich mehr, als wortreich darauf hinzuweisen. Das Völkerrecht muss durchgesetzt werden, auch indem man die Aggressoren mit Sanktionen belegt, und zwar mit wirksamen Gegenmassnahmen.

SVP-Nähe zu Autokraten

Roger Köppel verhöhnt die Ukraine als «dysfunktionalen Staat» und Yvette Estermann verteidigt die völkerrechtswidrige Annexion der Krim (Zuger Zeitung vom 24.2.22). Die SVP fordert, dass die Schweiz neutrale Vermittlerin bleiben müsse. Als neutraler Staat sei die Schweiz zur Unparteilichkeit verpflichtet, schreibt die SVP-Zentrale. Und Thomas Aeschi betont, dass die Schweiz bei internationalen Konflikten nicht einseitig Position beziehen sollte. Woher kommen diese Sympathie und das Verständnis von rechten Parteien für Putin? Dazu zwei Gedanken.

Zum ersten die Politik Putins: Sie zielt seit Jahren auf eine Schwächung Europas. Russland unterstützt und finanziert rechte und rechtsextreme Parteien und Gruppierungen in vielen Ländern, die eines gemeinsam haben – die Überhöhung des Nationalen und die Verachtung gegenüber Europa. In diesem Fahrwasser fährt auch die SVP, wenn sie bei jeder Gelegenheit Brüssel als das Böse schlechthin darstellt. Die Einigkeit Europas ist Putins Ärger, und auch derjenige der rechten Parteien. Zum zweiten die Haltung im Geiste: Die SVP verunglimpft Bundesrat Alain Berset als Diktator, und Putin bezeichnet die ukrainische Regierung als Nazis und Völkermörder (angeblicher Genozid in der Ostukraine). Was ist der Unterschied? Die Wörter sind unterschiedlich, die Haltung dahinter ist aber ähnlich. Autokraten und Rechtsparteien arbeiten mit Feindbildern.

Verantwortung im Kanton Zug

In einem Kommentar hält die Zuger Zeitung ein paar Fakten fest (25.2.22): «80 Prozent des russischen Rohstoffhandels werden über unser Land abgewickelt. Die Eidgenossenschaft ist der grösste Empfänger von Geldtransfers russischer Privatpersonen.» In kaum einer Wirtschaftsbranche sind die Verbindungen zwischen Unternehmen und Regierung so eng wie im Rohstoffbusiness in Russland. Wenn der Regierungsrat des Kantons Zug unsere Bundesverfassung und die darin verankerte Beachtung des Völkerrechtes ernst nimmt, dann kommt er nicht umhin, im Bundeshaus auf harte Sanktionen gegen mit der Regierung Putins verbundene Unternehmen mit Sitz im Kanton hinzuwirken. Die Stimmung in der

Bevölkerung ist eindeutig. Der Grünspecht hat zu einem Blick-Online-Artikel (27.2.22) über Putins Strippenzieher in der Schweiz folgenden Kommentar gelesen: «Liebe Politiker, würdet Ihr bitte solche Menschen des Landes verweisen!!!» – 23 Likes und 1 Dislike.

Balthasar Glättli verlangte an der Demonstration von Ende Februar einen Stopp des Importes von russischem Gas und Öl. Es könne nicht



angehen, dass Putin nahestehende Oligarchen eine schöne Zeit auf unseren Skipisten verbringen, während in der Ukraine Bomben fallen. «Auch die Schweiz muss Einreiseverbote verhängen und Vermögen einfrieren.» Die alte Neutralität der kalten Herzen und der Kriegsgewinnler hat ausgedient. Es ist höchste Zeit, dass Bund und Kantone die Menschenrechte über alles setzen. ■

Ungesunde Arbeitszeiten

Fabian Vogt, Assistenzarzt, für das «42h-Team»

20

Die Arbeit als Ärzt*in geht (nicht erst seit der Pandemie) mit einer immensen Arbeitsbelastung einher. Ärzt*innen arbeiten nicht nur permanent hochkonzentriert im komplexen fachlichen Umfeld, zeigen Teamgeist und Flexibilität, kämpfen mit veralteten Computersystemen, rigiden Organisationsstrukturen und faxen (!) Bürokratie durch die Gegend. Sie tragen auch täglich die Verantwortung über Leben und Tod sowie das Wohlergehen der Mitmenschen, welche sie behandeln. Immer wieder erleben sie hautnah neue Schicksalsschläge. Zeit für die Bewältigung dieser psychischen Belastung findet sich nur in der raren Freizeit. Trotzdem empathisch zu bleiben und weiterhin auf die Patient*innen einzugehen, braucht viel Kraft.

Bei dieser grossen Belastung ist es für uns Ärztinnen und Ärzte unverständlich, weshalb gerade dieser Beruf immer noch eine 50-Stunden-Woche kennt und immer wieder für seine Ruhe- und Erholungszeiten kämpfen muss. Für Buschauffeur*innen, Pilot*innen und LKW-Fahrer*innen gibt es schliesslich gesetzlich geregelte Ruhezeiten, um Passagier*innen und Verkehrsteilnehmende nicht zu gefährden. Gestützt auf eine klare Arbeitszeiterfassung finden Kontrollen statt und Missstände werden sanktioniert. Für die meisten Ärzt*innen hingegen sind ausgefallene Mittagspausen, regelmässige Überstunden abends nach Dienstschluss, Schichtarbeit im schnellen Wechsel und das Weiterarbeiten zu Hause Alltag. Nachtdienste sind wie ein Jetlag, der Zeit braucht, um verarbeitet zu werden. Weiterbildung und Forschungstätigkeit erfolgen oftmals in der raren Freizeit, was eigentlich nicht der Fall sein dürfte. Denn wo sonst bleibt noch Zeit zur körperlichen und psychischen Regeneration? Oder für die Familienplanung? Oder für ein gesundes Leben?

Berufsausstiege vermeiden

Neben objektivierbaren und in Studien nachgewiesenen Argumenten, wie eine Erhöhung der Patientensicherheit und Verbesserung der Effizienz, spielt auch die Nachhaltigkeit eine grosse Rolle. Heute gibt gemäss einer Studie des Verbandes der Assistenz- und Oberärztinnen

und -ärzte (VSAO) und der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) etwa jede*r zehnte Absolvent*in die klinische Tätigkeit auf. Unter anderem aufgrund der hohen Arbeitslast (1). Da sich der



Höchste Konzentration erforderlich: Wenn Ärzt*innen müde und überlastet sind, steigt das Risiko für Behandlungsfehler.

Ärzt*innenmangel zunehmend verschärft, muss die Arbeitsattraktivität unbedingt gesteigert werden, um Berufsausstiege zu vermeiden und das schweizerische Gesundheitswesen auch in Zukunft qualitativ hochstehend zu erhalten.

Breite Unterstützung für unser Anliegen

Auf den Aufruf einer Assistenzärztin haben sich im Frühjahr 2020 hunderte betroffene Ärzt*innen aus der ganzen Schweiz gemeldet, welche eine 42-Stunden-Woche als zeitgemässe, vernünftige und gesunde Arbeitszeit pro Woche fordern. Die Anzahl der interessierten und engagierten Ärzt*innen überraschte selbst die Initiant*innen. Beflügelt von der zumindest in der Anfangsphase der Pandemie gefühlten breiten Unterstützung aus der Gesellschaft und dem auch für uns Ärzt*innen sehr erfreulichen Erfolg der Pflegeinitiative haben sich anschliessend mehrere Assistenz- und Oberärzt*innen als «42h-Team»

zusammengetan, um diese Forderung weiter zu verfolgen. Das Komitee vertritt die mittlerweile über 1800 ärztlichen Unterstützer*innen dieser Forderung, welche sich aktiv und demokratisch am Diskurs beteiligen können.

Behandlungsfehler und Burn-Outs vorbeugen

Alle weiteren im Spital angestellten Berufsgruppen arbeiten schon lange mit Verträgen einer 42-Stunden-Woche, wie es auch dem aktuellen schweizerischen Durchschnitt entspricht. Für viele Ärzt*Innen sind weiterhin 24- und gar 48-Stunden-Schichten Alltag. Auch hier erstaunt es nicht, dass die Konzentration massiv leidet und sich entsprechend die Wahrscheinlichkeit für Fehler bei Operationen oder Medikamenten-Verordnungen erhöht. Auch die Quote von Burn-Outs bei den überlasteten Ärzt*innen ist in der Schweiz weiter angestiegen (2). Eine entsprechende Prävention durch Verbesserung der Work-Life-Balance, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine positive Arbeitsatmosphäre ist erwiesenermassen viel effizienter als die langwierige Therapie, wenn es einmal zu einem Burn-Out gekommen ist (3). Die Reduktion der Arbeitszeit spielt hierbei eine eindeutige Rolle (4).

50 Stunden «plus»

Wir alle sind vielleicht irgendwann einmal froh, wenn unsere Behandlung von wachsamem, gut ausgebildeten und ausgeruhten Ärzt*innen durchgeführt wird. Deshalb müssen wir ihnen Sorge tragen. Aufgrund der heute üblichen 50-Stunden-Sollarbeitszeit und der gesetzlich limitierten Maximalarbeitszeit von 50 Stunden pro Woche gibt es keine Flexibilität, welche gerade auch für kleinere Spitäler wichtig sein kann. Geplant wird teilweise auf 11 Stunden Anwesenheit pro Tag, denn die Mittagspause wird abgezogen, auch wenn sich mal keine Zeit für eine Pause ergibt. Wenn am Limit des rechtlich Möglichen geplant wird, dann entstehen aufgrund der zusätzlich notwendigen Schichtübergaben und unvorhergesehener Notfälle viele Stunden Überzeit. Man kann schliesslich die Arbeit nicht einfach stehen, die Kolleg*innen sitzen und

die Patient*innen liegen lassen. Die Lösung vieler Spitäler ist bisher, dass man diese Überzeiten gar nicht erst registriert oder aktiv löscht. Oder dass man die betroffenen Ärzt*innen als vermeintlich ineffizient exponiert und sie mehr oder weniger direkt dazu auffordert, keine Überzeiten aufzuschreiben.

Weiterbildung fällt der Arbeitslast zum Opfer

Die Kantone bezahlen den Spitalern ausserdem einen Betrag pro Assistenzärzt*in für die nötige Weiterbildung, um die Ausbildung zum Facharzt zu erreichen sowie um über die aktuellen medizinischen Fortschritte auf dem Laufenden zu bleiben. Die hierfür fix eingeteilte Zeit von vier Stunden pro Arbeitswoche kann aber häufig nicht zur Weiterbildung genutzt werden, sondern fällt der Bewältigung des hohen Arbeitspensums zum Opfer und wird somit als Arbeitszeit genutzt. Ebenfalls fehlen an gewissen Spitalern ausreichende Angebote. So muss die Weiterbildung dann zu Hause und in Eigenregie betrieben werden.

Die 42-Stunden-Woche ist keine Utopie

Das alles finden wir nicht fair – deswegen engagieren wir uns im «42h-Team». Auch der VSAO (Verband der Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte) engagiert sich für eine möglichst rasche Senkung der Wochenarbeitszeit. Insbesondere geht es dem Verband darum, dass die Vorgaben des Arbeitsrechts künftig besser durchgesetzt werden und dass die Zeitvorgaben für die ärztliche Weiterbildung eingehalten werden. Und dass diese qualitativ hochstehend, flexibel und so gestaltet ist, dass die Auszubildenden tatsächlich daran teilnehmen können und davon profitieren. Als Ziel wird letztlich eine 42-Stunden-Woche angestrebt, zu der wöchentlich vier Stunden strukturierte Weiterbildung

bzw. Fortbildung hinzukommen. Mit unserem Engagement erhoffen wir uns, langfristig realistische Voraussetzungen für eine signifikante Arbeitszeitreduktion zu erreichen, so dass eine 42-Stunden-Woche keine Utopie bleiben muss. Wir fordern, dass auch der Beruf der Ärzt*innen zeitgemässe Arbeitsbedingungen erhält, damit wir – und auch Sie – in Zukunft gesunde und leistungsfähige Ärzt*innen haben, die sich sorgsam und qualitativ hochstehend um uns und unsere Angehörigen kümmern. ■

Wissenschaftliche Quellen

- (1) Schweizerische Ärztezeitung, 2016;97(34):1132–1135
- (2) Swiss Med Wkly. 2010 Aug 9;140:w13070
- (3) Healthcare (Basel). 2016 Sep; 4(3):37.
- (4) Mayo Clin Proc. 2016 Apr;91(4):422-31.

Genug gehört

Jonas Feldmann, Assistenzarzt

22

Die folgenden Zeilen schrieb ich im Januar 2022 als Antwort auf eine (massnahmen- und insbesondere impfkritische) Zuschrift aus der BULLETIN-Leserschaft. Es ist mein persönlicher Standpunkt. Immer wieder erlebe ich, dass die Bevölkerung zu wenig weiss, wie sich die Situation in den Spitälern präsentierte. Diese Antwort war ein Versuch, dies zu korrigieren. Denn auch wenn sich die Situation in den letzten zwei Monaten deutlich entspannt hat und die Massnahmen teilweise aufgehoben werden konnten: die Pandemie ist noch nicht vorbei.

Es ist mir bewusst, dass die Gräben, welche von selbsternannten «Skeptikern» und «Gegnern» der Pandemiebekämpfungs-Massnahmen gezogen wurden, schon so tief sind, dass viele Meinungen gemacht und viele Schweizer*innen in ihren Ansichten festgefroren sind. Es würde darum wohl auch kaum etwas nützen, wenn ich zu einer Predigt über die Sinnhaftigkeit vieler Massnahmen und insbesondere der Impfung ausholen würde. (Falls Interesse besteht: Im BULLETIN Nr. 1/2021 habe ich einen langen Artikel über die Impfung geschrieben.)



Ich habe nun jedoch seit bald zwei Jahren in verschiedenen Spitälern gearbeitet, auf Normalstationen, Pandemiestationen, Notfallstationen und Intensivstationen. Ich habe Corona-Patient*innen beatmet, beruhigt, überwacht, getröstet, auf den Bauch gedreht und begleitet. Ich habe bestimmt mehrere hundert Corona-Lungen abgehört – einige davon haben ganz normal geklungen, andere grauenhaft. Ich habe unzählige Röntgenbilder und Computertomografien angeschaut, einige davon haben fast normal ausgesehen, andere katastrophal. Viele Patient*innen durfte ich nach überstandener Krankheit wieder nach Hause schicken oder in die Rehabilitation. Einige von ihnen habe ich bis in den Tod begleitet. Ich habe das immer mit einer gewissen Demut und trotz allem Freude am Job gemacht, trotz schwierigen Entscheidungen, vielen traurigen Momenten, grossen Abstrichen (da wir uns an noch strengere Massnahmen halten mussten, um unsere Patient*innen zu schützen: Im Spital gab es für zwei Jahre keine Personalfeste, keine gemeinsamen Mittagessen, keine unbeschwernten gemeinsamen Pausen mehr etc.), über 300 Stunden Überzeit

(bei 50-Stunden-Woche) und nicht zuletzt auch hoher gesundheitlicher Belastung, da ich mich täglich mit Corona-positiven Patient*innen in einem Raum befinde und somit einem stetigen Ansteckungsrisiko ausgesetzt bin.

Individuum oder Gesellschaft

Corona ist nicht «etwas Persönliches», wie man immer wieder hört. Es ist etwas Gesamtgesellschaftliches. Auch wenn Sie davon nicht täglich etwas mitbekommen: In jedem Spital der Schweiz, in den Test- und Impfzentren, in den Pflegeheimen, Schulen, Lebensmittelläden, Verwaltungen etc., überall sind Menschen, die dieser elenden Pandemie täglich ihr Bestes entgegenhalten.

Nach bald zwei Jahren kann ich jetzt nur noch soviel sagen: Ich habe genug. Genug kaputte Lungen gesehen auf den Röntgenbildern. Genug brodelnde Lungen gehört mit dem Stethoskop. Genug Telefongespräche mit Angehörigen geführt, in welchen ich diese über den schlechten Zustand und bevorstehenden Tod meiner Patient*innen informieren musste. Genug Ausreden gehört, warum man sich nicht rechtzeitig geimpft habe. Denn ja – eine einfache, winzig kleine und günstige Lösung würde so viel Elend, soviel Arbeit, soviel Material (Umwelt!), soviel Leere sparen: die Corona-Impfung. Auch wenn diese nicht zu hundert Prozent vor einer Ansteckung schützt, so schützt sie, wie zahlreiche und vertrauenswürdige Studien nahelegen, vor einem schweren Verlauf der Erkrankung. Und dies verhindert nicht nur unnötige und tragische Todesfälle, sondern entlastet auch die Spitäler, Intensivstationen – und damit die Gesellschaft.

«Wir im Spital» sind weiterhin für alle Menschen da, die uns brauchen. Aber bitte, bitte schonen Sie uns, helfen Sie so gut es geht mit, unnötige Todesfälle und schwere Krankheitsverläufe zu verhindern. Mit Impfen, Maskentragen und Abstandhalten. ■

Leben retten

Manuela Weichelt, Nationalrätin

Um mehr Leben zu retten, hat die Bundesversammlung mit grossem Mehr das Transplantationsgesetz geändert. In der Schweiz soll, wie auch in unseren meisten Nachbarländern, die erweiterte Widerspruchslösung gelten.

In der Schweiz konnten im Jahre 2020 rund 510 Organtransplantationen stattfinden. Diese sichern nicht nur das Überleben zahlreicher Patient*innen, sie verbessern auch deren Lebensqualität massiv. Doch in der Schweiz werden heute weniger Organe gespendet, als eigentlich benötigt werden. 2020 befanden sich 2124 Personen auf der Warteliste für eine Organtransplantation. Manche Patient*innen warten bis zu drei Jahre auf eine Organspende. Nicht für alle kann rechtzeitig ein Spendenorgan gefunden werden: Pro Woche sterben eine bis zwei Personen, weil sie keine passende Organspende erhalten. Im letzten Jahr sind 72 Personen verstorben, die auf eine Organspende warteten.

Heute ...

gilt in Bezug auf Organspenden in der Schweiz die sogenannte «Zustimmungslösung»: Organe dürfen von verstorbenen Personen nur dann entnommen werden, wenn eine dokumentierte Zustimmung für eine Organspende, z.B. mit einem Organspendeausweis, vorliegt. Liegt diese nicht vor, werden die nächsten Angehörigen angefragt, ob ihnen der Wille der verstorbenen Person bekannt ist. Im Zweifelsfall und in diesen sehr emotionalen Situationen des Sterbens entscheiden sich dann die Angehörigen oft gegen eine Transplantation. Obwohl in Umfragen 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung einer Organspende zustimmen, haben nur sehr wenige Menschen eine Spendenkarte ausgefüllt. Es gibt also eine grosse Differenz zwischen der grundsätzlichen Spendebereitschaft und der tatsächlichen Spenderate. Darum wurde im 2019 die Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» eingereicht.



Aufklärung und Überzeugungsarbeit durch Manuela Weichelt in Bundesthaus.

Mit einem Ja ...

hat das Parlament das Anliegen der Initiative aufgenommen, einzelne Elemente aber mit einem indirekten Gegenvorschlag gezielt verbessert. Die Zustimmungslösung soll demnach, wie in den meisten westeuropäischen Ländern, durch eine «erweiterte Widerspruchslösung» abgelöst werden. Was bedeutet das? Menschen, die ihre Organe nicht spenden möchten, sollen dies zukünftig explizit festhalten. Ansonsten wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass die verstorbene Person der Organspende zustimmt. Eine Erklärung für oder gegen eine Spende von

Organen und Geweben wird in einem Register festgehalten. Der Wille kann auch wieder geändert werden. Die Initiant*innen der Initiative sind mit dem indirekten Gegenvorschlag einverstanden. Sie werden die Volksinitiative zurückziehen, wenn die Änderungen des Transplantationsgesetzes, über welche wir am 15. Mai 2022 abstimmen, angenommen werden.

Spende ohne Angehörigenkontakt nur bei Spendenwilligen

Ein Gespräch mit den Angehörigen findet auch zukünftig in jedem Fall statt. Angehörige können sich gegen eine Organspende aussprechen, wenn der Wille nicht zu Lebzeiten festgehalten wurde und dies dem (mutmasslichen) Willen der verstorbenen Person entspricht. Wenn kein dokumentierter Wille vorliegt und auch keine Angehörigen erreicht werden können, dürfen auch zukünftig keine Organe entnommen werden. Wenn mehr Personen zu Lebzeiten ihren Willen festhalten, werden die Angehörigen in den schwierigen Stunden des Abschiednehmens entlastet.

Information der Bevölkerung

Es ist wichtig, dass die Bevölkerung über den Wechsel zur erweiterten Widerspruchslösung informiert ist. Im Gesetz ist deshalb festgehalten, dass die Bevölkerung regelmässig über die neue Regelung aufgeklärt wird – zum Beispiel mit einer Informationskampagne. So kann auch sichergestellt werden, dass möglichst viele Personen ihren expliziten Willen für oder gegen eine Organspende festhalten. Dieser Wille kann neu in einem vom Bund geführten Register eingetragen werden, was auch bezüglich des Datenschutzes eine Verbesserung gegenüber dem Status Quo darstellt. ■

Film ab!

Julia Küng, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

24

Wer in der Schweiz Filme ausstrahlt, soll dafür sorgen, dass hier welche produziert werden. Auch Streamingkonzerne müssen endlich ihren Beitrag leisten. Das stärkt die Qualität und die Vielfalt des lokalen Filmschaffens.

Das neue Filmgesetz, über welches wir am 15. Mai 2022 abstimmen, kommt von den Filmschaffenden bis zu den Kinobesucher*innen allen zu Gute. Der Grundsatz ist einfach: Wer in der Schweiz mit der Ausstrahlung von Filmen Gewinne erzielt, soll auch mithelfen, dass hier Filme und Serien produziert

tionspflicht würden zusätzlich 30 Millionen Franken im Jahr in die Schweizer Filmwirtschaft fliessen. Das unterstützt die Vielfalt und die Qualität von Schweizer Serien und Filmen. Auch die Wirtschaft profitiert: Eine Studie von Ernst & Young kommt zum Ergebnis, dass für jeden Franken, der in Schweizer

teilung, zu klein, um nach einer rein marktwirtschaftlichen Logik bestehen zu können. Gute Rahmenbedingungen und eine soziale Absicherung für die Filmschaffenden sowie eine aktive Kulturpolitik sind zentral für die Zukunft der Filmkultur. Da die Schweiz seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative nicht mehr an den europäischen Kultur- und Filmförderprogrammen teilnehmen kann, wäre eine Angleichung der Regelungen an das europäische Mittelfeld von grosser Bedeutung.



werden. Streaminganbieter werden somit verpflichtet, vier Prozent ihres in der Schweiz erzielten Umsatzes in die hiesige Filmwirtschaft zu investieren. Es geht dabei um Gewinne von weit über 300 Millionen Franken jährlich. Ausserdem sollen 30 Prozent des Angebots aus europäischen Produktionen bestehen. Damit werden gleich lange Spiesse zwischen Streamingplattformen und ausländischen TV-Sendern zu Schweizer TV-Sendern geschaffen, bei denen diese Vorgabe heute schon gilt.

Für die Schweizer (Film-)Wirtschaft
Die Streamingkonzerne, die auch bei uns hohe Gewinne erzielen, tragen bisher kaum etwas zur lokalen Filmwirtschaft bei. Durch die Inves-

tion in Filmproduktionen investiert wird, drei Franken in die hiesige Wirtschaft zurückfliessen. Der Beitrag der Streamingdienste an die Schweizer Filmproduktion wird so an Logistikfirmen, Transportunternehmen, Hotels oder Gastronomiebetriebe weiterverteilt.

Im europäischen Mittelfeld

Die meisten europäischen Staaten kennen bereits ähnliche oder weitergehende Regelungen. In Italien beträgt die Investitionspflicht 20 Prozent. In Deutschland müssen die Streaminganbieter 2,5 Prozent ihres im Inland erwirtschafteten Umsatzes direkt an die Filmförderung abgeben. Der Schweizer Filmmarkt ist, auch aufgrund der sprachkulturellen Auf-

Junge stimmen Ja

Über das Filmgesetz, auch unter dem Spitznamen «Lex Netflix» bekannt, stimmen wir ab, weil die bürgerlichen Jungparteien das Referendum ergriffen haben. Es ist ein altbekanntes Spiel: Die Neoliberalen starten ihren Angriff auf die Kultur unter dem Deckmantel der angeblichen Interessen der Jugend. Die Jungen Grünen stellen sich dem vehement entgegen. Unserer Auffassung nach ist es selbstverständlich, dass multinationale Konzerne einen finanziellen Beitrag in dem Land leisten, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften und lokale Filmschaffende unterstützen. Verhelfen wir dem Filmgesetz gemeinsam zum klaren Sieg! ■



Am 4. März informierte der Regierungsrat die Medien zum Zusammenhang Zug–Ukraine. Nach dem peinlichen Herumeiern der Volkswirtschaftsdirektorin in Sachen Zahlungsunfähigkeit von Nord Stream 2 erwartete man jetzt Konkretes. Zug sei mit seiner internationalen Wirtschaft und Bevölkerung besonders von dem Krieg betroffen, sagte Landammann Martin Pfister. Die Zuger Regierung unterstütze die Massnahmen des Bundesrats und setze sie vollumfänglich um (Ja was denn sonst?!). Finanzdirektor Tännler sprach von 20 Gesellschaften mit Bezug zu Russland und etwa 300 russischen Staatsangehörigen. Diese Firmen und natürlichen Personen lieferten pro Jahr etwa 29 Millionen Franken Steuern ab. Ein Ausfall dieser Steuern sei substanziell, aber verkraftbar (Vor wenigen Jahren tönte es anders. Bei Familien- und Sozialausgaben musste gespart werden, weil Kanton und Gemeinden ein Minus budgetierten.) Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalman meinte: «Für die international vernetzte Zuger Wirtschaft sind die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Weltkonjunktur entscheidender als die Folgen der Sanktionen auf Unternehmen im Kanton Zug.» Die einzige menschliche Aussage: «Unschuldige Zivilisten

tragen die Konsequenzen dieser menschenverachtenden, kriegerischen Attacke und lassen Familienangehörige in der Heimat zurück – eine Tragödie», kam von Regierungsrat Andreas Hostettler (Danke!). ■

Weltweit steigen die Preise für fossile Energieträger. Stromengpassszenarien des Bundes führen zu viel Aufregung. Umso wichtiger ist der entschiedene und rasche Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit welchen Politikelementen fördern unsere Nachbarländer den Ausbau von Sonne und Windkraft? Als massgeblichen Erfolgsfaktor für Projekte erkennt man immer mehr die direkte Beteiligung von Bürger*innen ab Projektbeginn. Eine Studie der ZHAW zeigt zudem: Höheres Tempo beim Klimaschutz lohnt sich. Fürs Klima, aber auch für die Volkswirtschaft. Gebäudesanierungen, Heizungsersatz, Wind- und Photovoltaikanlagenbau generieren mehr Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze, wenn das Tempo beschleunigt wird. ■

2021 bescherte uns eine «Charmeoffensive» für die Atomkraft. Bei den alten Schweizer Reaktoren ist jetzt von einem Betrieb über 60 Jahre Laufzeit die Rede. Dabei wurden die Systeme für 40 Jahre ausgelegt! Das

Risiko, das überalterte AKW bergen, geht in dieser Diskussion komplett unter. Aber die EU-Kommission hat Energiegewinnung aus Atomkraft und Gas als unter bestimmten Bedingungen klimafreundlich eingestuft. Diese Klassifizierung soll Investitionen in «nachhaltige» Energieformen und Technologien ankurbeln. Business first! Die Schweizer Szene reagiert sofort. SVP und Teile der FDP wollen den 2017 beschlossenen Atomausstieg revidieren. Fukushima war vor 10 Jahren!! Und ja, die Endlagerung der Abfälle: Wo sind wir da? ■

Lonza schreibt mir: «Danke für Ihre Nachricht. Wir schätzen es, dass Sie sich für unsere Umwelt engagieren und uns betreffend Lachgas-Emissionen kontaktiert haben. Lonza hat diese bei einer periodischen Messung selbst festgestellt und – in enger Abstimmung mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) – mit der Ausarbeitung einer technischen Lösung begonnen. Per Ende Januar 2020 erhielt Lonza die Baubewilligung seitens des Kantons und der Gemeinde und hat umgehend mit der Realisierung des Katalysators begonnen. Durch die Installation dieses Katalysators wird Lonza die Lachgas-Emissionen in der Niacin-Produktion um mindestens 98 Pro-

zent reduzieren können. Damit setzt Lonza eine technische Lösung um, welche die Emissionen auf ein Minimum begrenzt, obwohl dafür keine regulatorischen Grenzwerte bestehen.» Keine regulatorischen Grenzwerte, also alles gut? ■



26

Harald Naegeli

Montag, 11. April
20 Uhr Kino Gotthard

Seit 1977 sprayt Harald Naegeli seine Strichmännchen an Zürichs Betonwände und prangert Missstände an. Bewundert als erster Street-Art-Künstler, verklagt wegen Sachbeschädigung. Aufsehen erregte er zuletzt mit dem Totentanz im Zürcher Grossmünster. 2020 verlieh ihm die Stadt Zürich den Grossen Kunstpreis für sein Lebenswerk, während beim Kanton eine Klage gegen ihn lief. Naegeli, der Urvater der Graffiti-Kunst, polarisiert noch immer. Der Film ist eine Hommage an einen scharfsinnigen, visionären und streitbaren Menschen. Nathalie David ist anwesend für Q&A.

**Paracelsus – Ein Landschaftsessay**

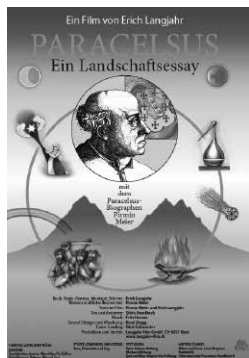
Dienstag, 12. April
20 Uhr Premiere
Kino Seehof

In diesem Film begibt sich Erich Langjahr zusammen mit dem Autor und Paracelsus-Biographen Pirmin Meier auf eine filmische Erkundungsreise auf den Spuren des landfahrenden Arztes Paracelsus aus Einsiedeln. Es ist ein Kinoerlebnis in Form eines dokumentarischen Essays. Die

Zuschauerinnen und Zuschauer erleben einen Einblick in eine vielfach versunkene Welt von Vergessenem und Unbekanntem. Vergegenwärtigt werden Natur, Spiritualität, Kulturchristentum, Volkskunde, Sagenhaftes, ein Füllhorn von Geschichten, präsentiert aus authentischem Erzählen.

Anwesend sind Erich Langjahr und Pirmin Meier. Zur Einführung spricht Stephan Schleiss, Regierungsrat.

Der Film läuft ab dem 14. April in den Kinos der Deutschschweiz. Infos zum Film und den Trailer unter: langjahr-film.ch/pagina.php?0,0,1,0,24,0

**Kleine Heimat**

Montag, 9. Mai
20 Uhr Kino Gotthard

Hanni und Rosa sind 1957 in eine Neubausiedlung in Leimbach, Zürich, eingezogen. Es war eine schöne Zeit. Doch nun ist ihnen gekündigt worden. Die Häuser werden abgerissen und sie müssen, über 90jährig, ihr vertrautes Umfeld verlassen und eine neue Wohnung suchen. Werden sie die Umstellung verkraften? Behut-

sam begleitet der Regisseur die Seniorinnen und hinterfragt die rege Bautätigkeit in Zürich, die noch manche kleine Heimat zerstören wird. Hans Haldimann ist anwesend für Q&A.

**Menschenskind!**

Montag, 13. Juni
20 Uhr Kino Gotthard

Braucht eine Frau zwingend einen Mann, um ein Kind zu bekommen? Die Filmemacherin stellt das Konzept der Kleinfamilie als einzig adäquate Form der Elternschaft in Frage. Ihre Tochter wurde mit Hilfe eines Samenspenders gezeugt. Doch was soll sie sagen, wenn die Tochter nach ihrer Herkunft fragt? Eine radikale, sehr persönliche Auseinandersetzung zum Thema «Samenspende» und alternative Lebensformen, die auch schmerzhaften Zweifeln nicht ausweicht. Marina Belobrovaja ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug

**Mittwoch, 6. April 2022**

**Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug**
Gute Gespräche und feines Essen
Ab 18.30 Uhr

Samstag, 9. April 2022

«Strike for Future»
Radikale Arbeitszeitverkürzung – Postwachstum
«Reden – Musik – Informationen – relax», 10 bis 14 Uhr,
Oberer Postplatz Zug,
Organisation: Allianz «Strike for Future»

Freitag, 29. April 2022

critical mass Zug
Treffpunkt 18.45 Uhr beim
Postplatz Zug

Sonntag, 1. Mai 2022

Feier «Tag der Arbeit»
16 Uhr Landsgemeindeplatz, Podium, Reden und Livemusik

Mittwoch, 4. Mai 2022

**Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug**
Ab 18.30 Uhr, gute Gespräche und feines Essen
Ab 20 Uhr Jahresversammlung **Alternative – Die Grünen Stadt Zug**

Freitag, 27. Mai 2022

critical mass Zug
Treffpunkt 18.45 Uhr beim
Postplatz Zug

Mittwoch, 1. Juni 2022

**Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug**
Ab 18.30 Uhr gute Gespräche und feines Essen
Ab 20 Uhr Jahresversammlung **Alternative – Die Grünen Kanton Zug**



Freitag, 24. Juni 2022
critical mass Zug
 Treffpunkt 18.45 Uhr beim
 Postplatz Zug

Samstag, 20. August 2022
Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz

Tagesaktuelle Übersicht der
Veranstaltungen finden Sie
unter: gruene-zug.ch/event

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
 041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123
 6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Delia Meier & Matúš Bielik
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
[@AlternativeZG](https://twitter.com/AlternativeZG)



Instagram
[@alternativegruene](https://www.instagram.com/alternativegruene)



WhatsApp-Newsletter
 Sende deinen Namen per
 WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen
BULLETIN Nr. 1, 26.03.2022 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
 Natalie Chiodi
 Jonas Feldmann
 Luzian Franzini
 Hansjörg Glauser
 Hansruedi Küttel

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
 Trix Gubser, Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, dm.g.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
 Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Junge Grünen erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2022:
 Freitag, 10. Juni 2022

Erscheinungsdatum
 Samstag, 2. Juli 2022

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

